

Jugendpartizipation in Österreich.


Status Quo im Umwelt- und Klimabereich sowie Empfehlungen

Studie gefördert vom

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie,
Mobilität, Innovation und Technologie

Stubenbastei 5

1010 Wien

 **Bundesministerium**
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

Studie erstellt vom

Institut für Genderforschung in den Ingenieurwissenschaften

c/o B-NK GmbH

Diepoldplatz 6/18

1170 Wien

ZVR 156709455

Autor:innen

Dipl.-Ing.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Bente Knoll: Institut für Genderforschung in den Ingenieurwissenschaften (Obfrau); Büro für nachhaltige Kompetenz B-NK GmbH (Geschäftsführerin)

Dr. Marcus Andreas: Institut für Genderforschung in den Ingenieurwissenschaften (Projektmitarbeiter);
Dr. phil. Marcus Andreas. Prozessbegleitung für Nachhaltigkeit (Inhaber)

Dipl.-Ing.ⁱⁿ Agnes Renkin: Institut für Genderforschung in den Ingenieurwissenschaften (Projektmitarbeiterin); Büro für nachhaltige Kompetenz B-NK GmbH (Projektkoordinatorin)

Wien, im Oktober 2023

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Vorwort	3
Präambel	4
Vorgehensweise in der Studie.....	5
(Inter-)nationale Strategien für Jugendbeteiligung.....	6
Internationale Strategien und Rahmenbedingungen.....	6
Internationale Konferenzen und Gremien	7
Europäische Ebene	8
Nationale Strategien und Vorgaben.....	8
Stakeholder im Bereich Jugendpartizipation in Österreich.....	10
Formen und Formate der Jugendpartizipation in Österreich	12
Detailblick: Delegation im Rahmen von internationalen Konferenzen.....	13
Nutzen und Mehrwert von Jugendbeteiligung	15
Identifizierte Herausforderungen	17
Grundlegendes Verständnis: Wie wird Jugendpartizipation gelebt?.....	17
Die Frage der Anerkennung und Wertschätzung	17
Fehlende Ressourcen	18
Das große Ziel: „Möglichst alle erreichen“	18
Delegation: „Die Qual der Wahl“	19
Handlungsempfehlungen	21
Vorangegangene Überlegungen aus dem Handbuch „Klima Jugend. Dialog“	21
Das Narrativ: Argumente schaffen und Mehrwert aufzeigen	23
Strategisch-politische Vorgaben	24
Umfassender Wissens- und Kompetenzaufbau: „Partizipation lernen“	24
Strukturen schaffen & Ressourcen bereitstellen	26
Ansprache von Jugendlichen.....	27
Inklusive Prozesse planen und umsetzen.....	30
Klarheit und Transparenz: Erwartungen, Commitment und mögliche Outcomes.....	31
Anhang	33

Vorwort



Leonore Gewessler

Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

„Das Engagement, mit dem sich junge Menschen heutzutage für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen, ist überaus beeindruckend. Sie haben die Dringlichkeit entsprechend zu handeln erkannt und durch vielfältige Aktivitäten das Bewusstsein dafür in unserer Gesellschaft verankert.

Durch die drei großen globalen Krisen, Aufheizung des Klimas, Artensterben und Ressourcenknappheit, stehen wir alle vor Herausforderungen, die wir lösen müssen und nicht ignorieren dürfen.

Viele junge Menschen setzen sich dafür ein, dass auch sie in Zukunft Chancen auf eine intakte Umwelt haben werden. Dafür gebührt ihnen nicht nur Anerkennung, sondern auch die notwendige Unterstützung und Möglichkeiten zur Teilhabe durch Beteiligung an Entscheidungen, die heute getroffen werden. Dafür ist es essentiell, junge Menschen nicht nur zu informieren und ihre Meinung zu hören, sondern sie auch in Entscheidungsprozesse einzubinden.

Dazu benötigt es Dialoge auf Augenhöhe zwischen allen beteiligten Interessensgruppen – eine wichtige Grundlage für eine gelebte Demokratie.

Um dies zu erreichen, müssen Politik und Verwaltung die erforderlichen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten zur Mitgestaltung schaffen. Der vorliegende Bericht hat nicht nur den Status quo der Einbindung junger Menschen erhoben, sondern gibt darauf basierend auch Empfehlungen für eine gelungene Jugendpartizipation ab.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen jungen Menschen für ihren Einsatz, ihre Motivation und ihren Mut, um Österreichs Umwelt- und Klimapolitik mitzugestalten, bedanken. Ein großes Dankeschön auch an all jene, die Jugendpartizipation aktiv unterstützen.

Und meine große Bitte zum Abschluss: bleibt dran, dieser Planet braucht euch!“

Präambel

Laut Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen Artikel 12¹ müssen Kinder und Jugendliche generell an allen Fragen und Angelegenheiten der politischen Gemeinschaft beteiligt werden. Ihr Recht auf freie Meinungsäußerung, Beteiligung und Teilhabe ermöglicht ihnen dabei nicht nur den Einfluss auf gesellschaftliche Prozesse, sondern hilft auch bei der Durchsetzung ihrer Rechte. Der Versuch einer inklusiven, ernstnehmenden Partizipation bietet dabei auch Gelegenheiten für Bildungs- und Lernprozesse bei allen Akteur:innen, nicht nur den jungen Menschen. Seriöse Beteiligung ist ein Ausdruck aktiv gelebter Demokratie, die von Perspektivenvielfalt lebt.

Jugendliche sind wesentliche Akteur:innen bei der Gestaltung unserer Gesellschaft – gerade mit Bezug auf Klimafragen – werden jedoch oftmals nicht gehört und wahrgenommen. So führte 2022 die Koordinierungsstelle des EU-Jugenddialogs in der österreichischen Bundesjugendvertretung (BJV) eine Umfrage unter mehr als 1.500 jungen Menschen unter 30 Jahren in Österreich durch. Eines der Ergebnisse war, dass mehr als 75 Prozent der Befragten „das Gefühl [hatten], dass ihre Anliegen zum Klima von der Politik nicht ernstgenommen werden. Rund 60 Prozent glauben, dass sich das in Zukunft auch nicht ändert.“² Als zentralen Grund für das mangelnde Vertrauen macht die BJV aus, dass die Sorgen der jungen Leute eben tatsächlich nicht ausreichend adressiert werden und das entsprechende politische Handeln zu zaghaft sei.

Interessant ist hierbei das Beispiel des Nachbarlandes Deutschland. Dort wurde 2019, unter dem Eindruck der Klimaproteste, ein (erstes) Klimaschutzgesetz verabschiedet. 2021 musste dieses auf Anweisung des Bundesverfassungsgerichts allerdings nachgeschärft werden. Warum? Weil das Gesetz vom höchsten Gericht als bislang nicht ausreichend angesehen wurde, insbesondere die „Freiheit der Zukünftigen“ zu bewahren – also z.T. der heutigen Jugend. Grundrecht der Jungen auf eine menschenwürdige Zukunft sei bislang nicht ausreichend geschützt, während die aktuelle Generation demgegenüber bevorzugt werde. So heißt es in der Begründung des Urteils: „Danach darf nicht einer Generation zugestanden werden, unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO₂-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen und deren Leben umfassenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würde.“³

Sichtbar wird hierbei das in der Klimathematik verborgene Gefälle zwischen den Generationen: die ältere, aktuelle, muss als mit-verantwortlich (zum Guten wie zum Schlechten) in der Klimafrage gesehen werden, während die junge, kommende, Generation den Großteil der Folgen zu tragen haben wird. Gleichzeitig können sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen politisch nur bedingt einbringen und somit zunächst nur in deutlich eingeschränkter Weise die Weichen für ihre Zukunft mitgestalten.

Die Beteiligung von Jugendlichen in Umwelt- und Klimafragen, von der lokalen Ebene bis hin zu internationalen Verhandlungen, kann sicherstellen, dass politische und strategische Entscheidungen zukunftsgerichtet(er) gefällt werden. Jugendliche können aber auch als Multiplikator:innen dienen und andere junge (als auch ältere) Menschen zur aktiven Teilhabe an der Gesellschaft und den Herausforderungen unserer Zeit inspirieren.

¹ https://unicef.at/kinderrechte-oesterreich/kinderrechte/?gad=1&gclid=Cj0KCQjwpc-oBhCGARIsAH6ote8icTbi3twhz33szLCag-mHRDVP5mv6QY87YX0tSswV3vaHN-ki65ocaAkHbEALw_wcB

² <https://jugenddialog.at/klimasorgen-der-jugend-werden-nicht-gehört>

³ <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html>

In der Konzeption und Durchführung der Studie „Jugendpartizipation in Österreich. Status Quo im Umwelt- und Klimabereich sowie Empfehlungen“ gehen die Bearbeiter:innen vom Grundsatz aus, dass es Aufgabe von Politik und Verwaltung ist auf Jugendliche zuzugehen, und dass es nicht primäre Aufgabe der jungen Menschen ist, um weiteres Gehör zu kämpfen. Der vorliegende Bericht mit seinem starken Fokus auf Empfehlungen möchte konstruktiv zur Genese eines neuen Verhältnisses zwischen Politik und Verwaltung mit der Jugend beitragen. Die durch die Beteiligung und Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hervorgerufene gesellschaftliche Dynamik hat großes Potenzial.

Aus pragmatischen Gründen fokussieren die Bearbeiter:innen auf Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 30 Jahren, wohlwissend, dass diese einfache Einteilung nach dem kalendarischen Alter eine künstliche Gruppe erzeugt, die Maturant:innen, junge Menschen mit Fluchterfahrung, Lehrlinge, Studierende und auch berufstätige Eltern umfassen kann.⁴ Dennoch geht es darum, diese Akteur:innen mit ihren Einstellungen, Bezügen etc. zu Umweltthemen, zu Umweltfragen, zum Klimawandel und zu Veränderungsprozessen generell besser zu verstehen und Organisationen, die i.w.S. mit Umwelt- und Klimathemen befasst sind sowie mit Partizipations- und Beteiligungsprozessen betraut sind, zu unterstützen, ihre entsprechenden Angebote und Themen gender- und diversity-sensibel und zielgruppengerecht für junge Menschen aufzubereiten. Generell wird unter „Partizipation“ das Teilhaben an gesellschaftlichen und politischen Prozessen sowie Entscheidungen verstanden.⁵ Die Bearbeiter:innen dieser Studie folgen dabei einem Partizipationsbegriff, der weder auf Wahlen noch auf den Aktivismus auf der Straße, sondern letztlich auf direkte Interaktionsformate zwischen Politik bzw. Verwaltung und Jugend abzielt.

Vorgehensweise in der Studie

In einem ersten Schritt wurde in der Studie eine **Kartierung** der Akteur:innen bzw. Stakeholder für das Themenfeld Partizipation und Beteiligungsprozesse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Umwelt- und Klimabereich durchgeführt. Folgende Fragen lagen der Kartierung zugrunde: Wer sind die relevanten Personen und Organisationen im Feld der Jugendpartizipation mit Fokus auf den Klima- und Umweltbereich? Welche formellen bzw. informellen Vertretungsorganisationen für Jugendliche und junge Erwachsene in Österreich gibt es? In einem nächsten Schritt wurden **Recherchen und Dokumentenanalysen** von ausgewählten aktuellen und vergangenen Jugend-Beteiligungsprozessen im Umwelt- und Klimabereich in Österreich und Deutschland vorgenommen. **Interviews** mit Prozessbeteiligten und weiteren Expert:innen, wie Jugendvertreter:innen und Mitarbeiter:innen von Vertretungsorganisationen wurden geführt.⁶ Im Fokus standen folgende Fragen: Wie war das Prozessdesign der Beteiligungsformate? Welche Zielgruppen waren involviert? Wie wurden die Teilnehmenden ausgesucht? Wer sind jene, die mitmachen? Hatten aus der inhomogenen Zielgruppe „Jugendliche und junge Erwachsene“ alle gleichermaßen die Möglichkeit sich zu beteiligen? Wie können die „nicht-institutionalisierten“ Jugendlichen, die „breite Masse“, erreicht werden? Wie kann die inhomogene und diverse Zielgruppe aus Sicht von Vertretungsorganisationen tatsächlich passend vertreten werden, so dass Organisationen bzw. Vertretungspersonen ihre Funktion als „Sprachrohr“ für die Jugendlichen auch wahrhaft erfüllen und das Ohr wirklich bei den Anliegen der Jugend bleibt? Sowohl der grundsätzliche Ansatz und die Vorgehensweise sowie die Zwischenergebnisse wurden in Form von zwei **Steering Committee Workshops** mit Stakeholdern und Vertreter:innen von Interessensgruppen im Jänner bzw. Juni 2023 rückgekoppelt und reflektiert.

⁴ Gerdes, Jürgen; Bittlingmayer, Uwe H. (2016): Jugend und Politik. Soziologische Aspekte. In: Aydin Gürlevik, Klaus Hurrelmann und Christian Palentien (Hg.): Jugend und Politik: Springer VS, S. 45–67.

⁵ <https://partizipation.at/partizipation-verstehen/basiswissen/>

⁶ An dieser Stelle sei den Interviewpersonen herzlich gedankt. Eine Übersicht der Interviewpersonen findet sich im Anhang.

(Inter-)nationale Strategien für Jugendbeteiligung

Internationale Strategien und Rahmenbedingungen

Internationale Vorgaben zur Jugendbeteiligung legen den Grundstein für die Einbeziehung junger Menschen in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse. Ein wichtiges Dokument in diesem Zusammenhang ist die **UN-Kinderrechtskonvention von 1989**. Hier sind die Rechte von Kindern und Jugendlichen, darunter das Recht auf Meinungsfreiheit und die Beteiligung an Entscheidungen, festgelegt. In Artikel 12 der Konvention wird die Bedeutung der Berücksichtigung der Meinung von Kindern und Jugendlichen in allen Angelegenheiten, die sie betreffen, betont.

Die Jugendbeteiligung ist in der UN-Strategie für nachhaltige Entwicklung, insbesondere in der Agenda 21 sowie der Agenda 2030 mit den globalen nachhaltigen Entwicklungszielen („Sustainable Development Goals“, SDGs), fest verankert.

Die **Agenda 21** ist ein Aktionsprogramm für nachhaltige Entwicklung, das auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992 in Rio de Janeiro angenommen wurde. Sie zielt darauf ab, wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit zu fördern. Die Agenda 21 betont die Bedeutung der Beteiligung der Zivilgesellschaft, einschließlich der Jugend, an den nachhaltigen Entwicklungsprozessen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Jugendpartizipation im Agenda 21-Prozess ist auf mehrere Weisen verankert:

- Kapitel 25 der Agenda 21: Jugendliche und nachhaltige Entwicklung. Dieses Kapitel ist speziell der Rolle der Jugend bei der Förderung nachhaltiger Entwicklung gewidmet. Es betont die Bedeutung der Beteiligung junger Menschen an Entscheidungsprozessen und fordert die Schaffung von Rahmenbedingungen, die es jungen Menschen ermöglichen, aktiv an der Umsetzung der Agenda 21 teilzunehmen.
- Kapitel 23 der Agenda 21: Die Rolle der Nichtregierungsorganisationen. Hier wird die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Nichtregierungsorganisationen (einschließlich Jugendorganisationen) und anderen Akteur:innen in der Zivilgesellschaft betont. Das Kapitel ermutigt zur Schaffung von Mechanismen, die die Beteiligung von Jugendlichen und anderen Gruppen an Entscheidungsprozessen fördern.
- Kapitel 28 der Agenda 21: Lokale Agenda 21. In diesem Kapitel wird die Bedeutung der Beteiligung von Bürger:innen auf lokaler Ebene hervorgehoben. Jugendliche werden ermutigt an Lokalen Agenda 21-Prozessen teilzunehmen und ihre Perspektiven und Ideen für eine nachhaltige Entwicklung einzubringen.

Die Agenda 21 legt also großen Wert auf die Beteiligung der Jugend an nachhaltigen Entwicklungsprozessen und betont ihre Rolle als wichtige Akteurin bei der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft. Auch sie erkennt an, dass junge Menschen nicht nur von den Entscheidungen, die heute getroffen werden, betroffen sind, sondern auch diejenigen sein werden, die deren langfristigen Auswirkungen erleben.

Die **Agenda 2030** führt die Agenda 21 weiter und ist breiter angelegt. Sie wurde im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet und besteht aus 17 Zielen und 169 Unterzielen, die bis 2030 eine nachhaltige Entwicklung auf wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ebene fördern sollen. Die SDGs decken nicht nur Umweltfragen ab, sondern auch soziale und wirtschaftliche Aspekte und betonen die Bedeutung von Gerechtigkeit und Partnerschaften.

Jugendbeteiligung ist in den SDGs auf verschiedene Weisen verankert:

- SDG 4: Hochwertige Bildung. Ziel 4.7 der SDGs fordert, dass Jugendliche die Fähigkeiten erwerben sollen, um aktiv zur Förderung einer Kultur des Friedens, der Menschenrechte und der nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Dies ermutigt Bildungseinrichtungen und -systeme, die Partizipation junger Menschen zu fördern.
- SDG 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen. Dieses Ziel betont die Bedeutung inklusiver, rechenschaftspflichtiger und repräsentativer Institutionen. Jugendliche sollten in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden, um stabile und demokratische Gesellschaften zu gewährleisten.
- SDG 17: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele. Die Agenda 2030 ermutigt zu globalen Partnerschaften zwischen Regierungen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und anderen Akteuren. Dies bietet Raum für die Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen und -netzwerken, um die Umsetzung der SDGs zu fördern.

Darüber hinaus ermutigen verschiedene UN-Programme und -Initiativen aktiv zur Beteiligung junger Menschen an nachhaltigen Entwicklungsprojekten und politischen Prozessen. Die **UN-Jugendstrategie** zielt darauf ab, die Mitwirkung junger Menschen an der Umsetzung der SDGs zu fördern und sicherzustellen, dass ihre Stimmen gehört werden.

Insgesamt ist Jugendbeteiligung als ein integraler Bestandteil der UN-Strategie für nachhaltige Entwicklung zu sehen – junge Menschen werden als wichtige Akteur:innen für eine zukunftsfähige und gerechte Welt anerkannt und einbezogen.

Internationale Konferenzen und Gremien

Bei der seit 1995 jährlich stattfindenden UN-Klimakonferenz der Vereinten Nationen, dem „Klimagipfel“ (United Nations Climate Change Conference of the Parties; **COP**), beraten Forschende, weitere Expert:innen sowie Politiker:innen aus den fast 200 Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention darüber, wie man die Erhitzung der Erde verlangsamen kann. Die COPs bieten oftmals Möglichkeiten für Jugendliche, an Diskussionen und Veranstaltungen teilzunehmen, um ihre Ansichten und Lösungen für den Klimawandel vorzubringen. Die Beteiligung erfolgt z.B. in Form von Jugenddelegierten und spielt eine wichtige Rolle im internationalen Konferenzgeschehen.

Während der COP11 in 2005 begannen junge Menschen zum ersten Mal, sich auch im größeren Maße selbst zu organisieren. Seitdem findet jährlich im Vorfeld der COP die Conference of Youth (**COY**) statt. Sie ermöglicht jungen Menschen aus der ganzen Welt, sich zu treffen, Ideen auszutauschen und gemeinsam an Klimaaktionen zu arbeiten. Auf Ebene der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen gibt es die Local Conference of Youth (**LCOY**), bei denen junge Menschen zusammenkommen, um gemeinsam die Zukunft zu gestalten und Ideen für eine nachhaltige, umweltfreundlichere Welt zu entwickeln. Jede LCOY trägt ihre gesammelten Ergebnisse an die COY weiter.

Auch der **UNESCO** sind die Förderung der Partizipation von jungen Menschen, der Ausbau der Partnerschaft zwischen der UNESCO und Jugendlichen sowie die Stärkung der Handlungskompetenz der Jugend wichtige Anliegen. Um jungen Menschen auch im Rahmen der Österreichischen UNESCO-Kommission (ÖUK) mehr Gehör zu verschaffen und ihre Anliegen zu berücksichtigen, wurde 2006 ein eigener Jugendfachbeirat eingerichtet. Dies wird seit April 2019 mit der Etablierung von zwei Youth-Representative-Positionen in allen Kernbereichen der Nationalkommission verstärkt. Ihre Hauptaufgaben sind die Repräsentation und Information über UNESCO-Themen in ganz Österreich, das Monitoring der UNESCO-relevanten

Themenbereiche aus der Jugendperspektive und die aktive Teilnahme an (inter-)nationalen Arbeitsgruppen und Veranstaltungen. Einer/eine der Youth Representatives führt darüber hinaus den Vorsitz des ÖUK-Jugendfachbeirats.

Europäische Ebene

Auf der europäischen Ebene gibt es Initiativen, die die Beteiligung von Jugendlichen in strategischen und politischen Prozessen fördern und unterstützen sollen, wie die **Europäische Jugendstrategie** der Europäischen Union (EU). Dieses Programm zielt darauf ab, die soziale Integration junger Menschen zu stärken und ihre aktive Teilnahme am demokratischen Leben zu fördern.

Jugendliche an der Entwicklung einer gemeinsamen Europäischen Jugendpolitik zu beteiligen ist auch Anliegen des **EU-Jugenddialogs**. Dieser Dialog ist ein Instrument der Europäischen Jugendstrategie und soll die Einbindung aller relevanten Stakeholder in die Entwicklung einer EU-Jugendpolitik sicherstellen. So wird es möglich, dass sich junge Menschen in ganz Europa politisch beteiligen können. Für die Dauer von 18 Monaten wird ein bestimmter Themenschwerpunkt (meist basierend auf den European Youth Goals) bearbeitet. Es werden EU-Jugendkonferenzen organisiert und die Möglichkeit geschaffen, dass sich junge Menschen und Entscheidungsträger:innen auf Augenhöhe begegnen können.

Die elf **European Youth Goals (EYG)** sind das Ergebnis eines europaweiten Beteiligungsprozesses, dem Jugenddialog, an dem sich über 50.000 junge Menschen beteiligt haben. Auf Basis dieser Ergebnisse wurden die EYG gemeinsam von jungen Menschen und politischen Entscheidungsträger:innen erarbeitet. Die sektorenübergreifend formulierten EYG sind in der EU-Jugendstrategie 2019-2027 verankert und dienen als Inspiration und Vision für eine bereichsübergreifende, jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa.

Nationale Strategien und Vorgaben

Auf nationaler Ebene kann die Umsetzung dieser internationalen und europäischen Vorgaben variieren, aber die grundlegende Botschaft ist, dass die Meinungen und Bedenken junger Menschen in politischen Entscheidungsprozessen gehört und berücksichtigt werden sollen. Dies fördert nicht nur die Entwicklung junger Menschen, sondern trägt auch zur Schaffung inklusiverer und demokratischer Gesellschaften bei.

Die **Nationale Arbeitsgruppe Jugenddialog und Jugendbeteiligung (NAG)** unterstützt die Umsetzung des EU-Jugenddialogs und der European Youth Goals sowie vieler weitere Initiativen. Alle Österreichischen Jugendziele und Maßnahmen der Österreichischen Jugendstrategie werden den EYG (s.o.) zugeordnet, sodass sie einen Teil zu deren Umsetzung beitragen. Die EYG werden im Rahmen des Jugenddialogs in den Fokus genommen und mit jungen Menschen weiter behandelt. Sie stellen einen Beitrag zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung aus der Sicht junger Menschen dar und wurden in den freiwilligen Nationalen Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele / SDGs aufgenommen. Die aktuelle Jugendstrategie der österreichischen Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Stärkung und Weiterentwicklung der Jugendpolitik voranzutreiben. Dazu werden in jedem Bundesministerium entsprechende Jugendziele erarbeitet und Maßnahmen entwickelt.

Im Jahr 2023 fand im Rahmen des EU-Jugenddialogs die 4. **Österreichische Jugendkonferenz** statt, bei welcher Jugendliche zwischen 16 und 30 Jahren politische Diskussionen unter anderem mit den zuständigen Landesrät:innen für Jugend führen konnten.

Die **Local Conference of Youth Austria (LCOY)** ist die österreichische Jugendklimakonferenz und findet einmal jährlich für drei Tage (mittlerweile bereits fünfmal) in Wien statt. Die LCOY ist für junge Menschen von 14 bis 30 Jahren, wobei es um Vernetzung im Hinblick auf Klimafragen geht. Die LCOY wird von den CliMates

Austria organisiert, welche auch die österreichische Jugend bei der **UN-Klimakonferenz** als Teil der offiziellen Regierungsdelegation vertreten. Zuletzt waren es vier Jugendliche, zwischen 18 und 26 Jahren, die Stimmen der österreichischen Jugend einbrachten.

Die **Österreichische Jugendstrategie** ist ein laufender Prozess zur Stärkung und Weiterentwicklung der Jugendpolitik in Österreich. Ziel ist es, Maßnahmen für junge Menschen zu bündeln, zu systematisieren und ihre Wirksamkeit zu optimieren. Die Jugendstrategie soll zudem neue Kooperationsfelder und weiteren Handlungsbedarf benennen sowie diesen mit konkreten Maßnahmen unterlegen. Als Rahmen dienen vier große Handlungsfelder: Bildung und Beschäftigung, Beteiligung und Engagement, Lebensqualität und Miteinander sowie Medien und Information.

Das Handlungsfeld „Beteiligung und Engagement“ wird, wie folgt, beschrieben: „Eine lebendige Demokratie braucht engagierte Menschen, die sich beteiligen und mitbestimmen wollen – und Rahmenbedingungen, die dieses Engagement ermöglichen. Junge Menschen sollen bei Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, bestmöglich mitreden, mitgestalten und mitbestimmen können. In Österreich gibt es eine lange und im europäischen Vergleich sehr ausgeprägte Tradition des freiwilligen Engagements, die es weiterhin zu fördern gilt.“⁷ Folgende Tabelle zeigt die Ziele, die dem Handlungsfeld „Beteiligung und Engagement“ zugeordnet sind sowie die definierten Zuständigkeiten innerhalb der Bundesministerien.

Tabelle 1: Ziele des Handlungsfeldes „Beteiligung und Engagement“ sowie Ressortzuständigkeiten

Ziel des Handlungsfeldes „Beteiligung und Engagement“	Ressortzuständigkeit
Jugendlichen den Zugang zu Kunst und Kultur erleichtern und kulturelle Teilhabe fördern.	BMKOES
Ausbau der Teilhabe jugendlicher Arbeitnehmer:innen an der Mitbestimmung im Betrieb.	BMA
Durch Politische Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung wird im Unterricht ein Beitrag zum politischen Engagement Jugendlicher und junger Erwachsener geliefert.	BMBWF
Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene werden durch Beteiligung an Wissenschaft und Forschung (Citizen Science) gestärkt und befähigt, sich aktiv an Wissenschaft und Forschung zu beteiligen.	BMBWF
Wir nützen das Engagement der Jugendlichen, fördern ihr Bewusstsein und erreichen damit gemeinsam unsere Klima-, Energie- und Umweltziele und tragen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft bei.	BMK
Damit Jugendliche das Ehrenamt als Bestandteil ihrer Qualifikation erkennen und nutzen können, berücksichtigt die Jobbörse der Republik Österreich diese Qualifikation im Rahmen der Bewerbung für Lehre.	BMKOES
Jugendliche haben die Möglichkeit, in Form eines Dialogprozesses aktiv an der Gestaltung sportpolitischer Maßnahmen mitzuwirken.	BMKOES

⁷ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/jugend/oesterreichische-jugendstrategie/handlungsfelder.html>

Wir gestalten Rahmenbedingungen und Strukturen, die junge Menschen dabei unterstützen und stärken, um sich Krisen aktiv stellen zu können und sich als selbstwirksam sowie handlungsfähig zu erleben.	ressortübergreifend
---	---------------------

Das Handlungsfeld dient daher der Verstärkung der gesellschaftlichen Beteiligung Jugendlicher und der Entwicklung von zeitgemäßen Anerkennungs- und Anreizsystemen für freiwilliges Engagement junger Menschen. Das Regierungsprogramm 2020 bis 2024 sieht vor, dass die Österreichische Jugendstrategie entsprechend weitergeführt wird, die Österreichischen Jugendziele mit Maßnahmen hinterlegt und dabei auch die EYG miteinbezogen werden.

Stakeholder im Bereich Jugendpartizipation in Österreich

Basierend auf einer Desktop-Recherche wird im Folgenden überblicksmäßig dargestellt, welche Personen, Organisationen bzw. Institutionen in den verschiedenen Verwaltungsebenen, im Bereich der NGOs und der Politik in Österreich, für den Bereich Jugend zuständig sind und jungen Menschen die Möglichkeit bieten, sich einzubringen. Die Ergebnisse der Recherche stellen keinen Anspruch auf Vollständigkeit dar, denn: Die **Strukturen der Jugendarbeit sind vielfältig**. Sie reichen von der institutionellen Jugendarbeit über die offene und verbandliche Jugendarbeit bis hin zu Jugendinformation, internationaler Jugendarbeit und Initiativen. Internationale Jugendarbeit zeigt sich unter anderem im grenzüberschreitenden Jugendaustausch oder darin, dass Kindern und Jugendlichen sowie in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Personen im Rahmen internationaler und europäischer Programme, wie „Erasmus+: Jugend in Aktion“, Begegnungen und Weiterbildungen ermöglicht werden.

In der **Bundes-Jugendvertretung**⁸ sind die verbandlichen Jugendorganisationen sowie unter anderem auch die offene Jugendarbeit vertreten. In Angelegenheiten, welche die Interessen der österreichischen Jugend berühren können, ist die Bundes-Jugendvertretung den gesetzlichen Interessenvertretungen der Dienstnehmer:innen, der Wirtschaftstreibenden, der Landwirt:innen und des Österreichischen Seniorenrates gleichgestellt. Gesetzliche Grundlage ist das Bundes-Jugendvertretungsgesetz (B-JVG). Aktuell vertritt die BJV über 50 Kinder- und Jugendorganisationen. Den Mitgliedsorganisationen gehören rund 1,5 Millionen junge Menschen an.

Jedes Bundesland in Österreich verfügt über ein **Landesjugendreferat**, welches für die Jugendpolitik und die Förderung der Jugendbeteiligung auf Landesebene zuständig ist. Diese Referate organisieren oft Veranstaltungen, Projekte und Workshops für Jugendliche. In einigen Bundesländern gibt es Kinder- und Jugendanwaltschaften, die die Rechte von Kindern und Jugendlichen schützen und sie in rechtlichen Angelegenheiten unterstützen.

Gemäß Bundesverfassung liegt die Zuständigkeit für die **außerschulische Kinder- und Jugendarbeit** hauptsächlich bei den Ländern. Das wichtigste Koordinierungsgremium für ein gemeinsames jugendpolitisches Handeln der Bundesländer ist die jährlich stattfindende politische Konferenz der Landesjugendreferent:innen. Dazu treffen sich die jeweiligen für Jugendpolitik und außerschulische Jugendarbeit zuständigen Regierungsmitglieder der Landesregierungen (Landesrät:innen), die auch politische Landesjugendreferent:innen genannt werden und namensgebend für diese Austausch- und Koordinationskonferenz sind. Das für Jugend zuständige Mitglied der Bundesregierung nimmt als Gast an diesem Gremium teil.

⁸ <https://biv.at/>

Jugendzentren und -treffs, als Teil der außerschulischen Jugendarbeit, bieten jungen Menschen Orte, an denen sie sich treffen, austauschen und in verschiedenen Aktivitäten engagieren können. Außerschulische Jugendarbeit hat in Österreich eine starke Betonung auf Aktivitäten in der Freizeit und ist dabei auf informelles und non-formales Lernen der Jugendlichen ausgerichtet. Sie setzt auf qualifizierte und geplante freizeit- und sozialpädagogische Angebote und Aktivitäten. Primär will Jugendarbeit die Potenziale und Stärken junger Menschen fördern.

Für jedes Bundesland gibt es **Landesschüler:innenverbände**, welche sich für die Interessen von Schüler:innen einsetzen. In die Landesschüler:innenvertretungen können nur Schulsprecher:innen gewählt werden. Die Vertretungen gibt es für verschiedene Schultypen (Allgemeinbildende höhere Schulen, AHS, Berufsbildende mittlere und höhere Schulen, BMHS; Berufsschulen, BS). An der Spitze jeder Landesschüler:innenvertretung stehen demnach drei Landesschulsprecher:innen. Diese vertreten die Meinungen und Interessen der Schüler:innen auf landesweiter Ebene vor den Entscheidungsträger:innen in der Politik. Außerdem haben sie das Recht von der Bildungsdirektion des Bundeslandes angehört zu werden und werden zu Sitzungen der Bildungsdirektion in beratender Funktion geladen. Darüber hinaus gibt es auch die Bundesschüler:innenvertretung, sie ist die gesetzlich gewählte Vertretung aller Schüler:innen in Österreich. Diese besteht aus 29 Mitgliedern (27 Landesschulsprecher:innen und zwei Vertreter:innen der Zentrallehranstalten).

Bei den **Gewerkschaften** haben sich auch Interessensvertretungen für Jugendanliegen gebildet, z.B. die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ), Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) Jugend, vida Jugend, PRO-GE Jugend, Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GPF) Jugend, Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) Jugend, Young Younion und Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) Jugend. Diese setzen sich vor allem für die Interessen junger Menschen in den jeweiligen Berufsgruppen ein und stellen ein Sprachrohr für Jugendanliegen dar.

Es gibt zahlreiche **Jugendorganisationen** in Österreich, die sich auf unterschiedliche Interessen und Themen konzentrieren. Diese Organisationen ermöglichen jungen Menschen die Teilnahme an Aktivitäten, Projekten und Kampagnen, die ihren Interessen entsprechen. Die Landjugend (LJ) stellt eine große Organisation dar, die sich vor allem in ländlichen Gebieten für die Anliegen von jungen Menschen einsetzt und ihnen auch Raum für Austausch und Freizeitgestaltung bietet. Ebenso die Feuerwehrjugend, in der es viele Ortsgruppen gibt. Das Jugendrotkreuz bietet Freizeit- und Jugendarbeit, wobei sich die Jugendlichen auch weiterbilden können, ebenso die Arbeiter-Samariter-Jugend (ASJ) und die Johanniter-Jugend. In Österreich gibt es eine Vielzahl von Umwelt- und Klimaorganisationen, die Jugendliche ermutigen und unterstützen, sich für den Umweltschutz und den Klimaschutz zu engagieren. Diese NGOs bieten Schulungen, Workshops und Möglichkeiten zur Teilnahme an Umweltprojekten. Hier sind u.a. folgende zu nennen: WWF Jugend, Alpenvereinsjugend, Pfadfinder:innen, Generation Earth, Extinction Rebellion und Letzte Generation. Der Verein Jugend-Umwelt-Plattform (JUMP) verbindet Jugendliche mit dem Thema Umwelt und bietet Möglichkeiten zur Weiterbildung, Vernetzung und Teilnahme an Veranstaltungen. Der Verein CliMates Austria ist eine ehrenamtliche NGO und Teil des internationalen Jugendnetzwerks CliMates und hat sich das Ziel gesetzt, der österreichischen Jugend eine Stimme in der Klimapolitik zu verschaffen. Die Fridays for Future-Bewegung, die von der schwedischen Aktivistin Greta Thunberg inspiriert wurde, hat auch in Österreich zahlreiche junge Aktivist:innen mobilisiert. Schüler:innen organisieren Klimastreiks und Demonstrationen, um auf die Dringlichkeit des Klimawandels aufmerksam zu machen und politische Maßnahmen zu fordern.

Formen und Formate der Jugendpartizipation in Österreich

Die wesentlichen Formen der Jugendbeteiligung in Österreich werden in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 2: Art der Einbindung von Jugendlichen in Österreich

Art der Einbindung von Jugendlichen in Österreich	Beschreibung
Delegation im Rahmen von internationalen Konferenzen	Bei der Delegation liegt der Fokus auf der Teilnahme von meist ein bis zwei Jugendlichen bei EU-/UN-Umwelt- bzw. Klima-Konferenzen. Die Jugendlichen werden für meist für einen ein- bis zweijährigen Zeitraum als Delegierte nominiert und reisen mit der offiziellen österreichischen Delegation zu den internationalen Konferenzen.
Anträge und Stellungnahmen von Jugendlichen direkt an die Politik	Jugendliche bringen Anträge in die repräsentative Vertretung auf Landesebene (Landtage) bzw. Bundesebene ein – beispielsweise auch über die Schüler:innen- und Jugendparlamente.
Berufung von Jugendlichen in (Fach-)Beiräte, Gremien und Kommissionen	Jugendliche werden in bestehende Beiräte, Gremien und Kommissionen – oftmals mit fachlicher Aufgabe die „Perspektive der Jugend“ einzubringen – berufen. Oftmals werden Organisationen, die auch eigenen Jugendgruppen innerhalb ihres (Dach-)Verbandes haben, angefragt Jugendliche für die Teilnahme an Sitzungen zu entsenden.
Einbindung von Kinder- und Jugendvertretungen in (Fach-)Beiräte, Gremien und Kommissionen	Anstatt dass – wie oben – Jugendliche direkt durch aktive Teilnahme an Sitzungen in Beiräte, Gremien und Kommissionen eingebunden werden, erfolgt die Einbindung durch (etablierter) Kinder- und Jugendorganisationen, die um schriftliche Stellungnahmen ersucht werden.
Projektbezogene Einbindung durch (Förder)-Anträge bzw. Projekte	Beteiligung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen erfolgt – projektbezogen – für einen speziellen Prozess, beispielsweise im Zuge einer (politischen) Strategie-Entwicklung oder zu einer spezifischen Themenstellung, die im öffentlichen bzw. politischen Interesse steht.
Schaffung von Funktionen in politischen Strukturen und Prozessen	In politischen Strukturen und Prozessen werden Funktionen zur Jugendpartizipation geschaffen, beispielweise in Form von Kinder- und/oder Jugendgemeinderät:innen. Dies erfolgt – initial – oftmals durch eine:n Politiker:in und wird meist in der Anfangsphase durch eine externe Prozess- und Projektbegleitung begleitet, hat also in gewisser Weise einen „Projektcharakter“.
Gründung von eigenen Organisationen bzw. Schaffen von Strukturen	Als Folge von Jugendbeteiligung mit „Projektcharakter“ finden sich immer wieder Beispiele von eigenen Strukturen und Organisationen, die geschaffen und gegründet wurden, um Jugendpartizipation zu ermöglichen und Jugendliche – meist unmittelbar vor Ort in der

	Region – an / mit / bei der Beteiligung zu unterstützen. Diese Strukturen, wie Jugendkoordinationsstellen, Jugendbüros, verfügen oftmals über ein eigenes Budget.
Punktuelle Einbindung	Teilweise gibt es auch Jugendbeteiligung, die nur punktuell erfolgt, wenn beispielsweise für eine Konferenz oder Podiumsdiskussion – ohne gezielte Vorbereitung – eine jugendliche Person einbezogen wird, um ad hoc „die Stimme der Jugend“ einzubringen. Hier gibt es die Gefahr des „Youth Washings“ (s.u.).

Detailblick: Delegation im Rahmen von internationalen Konferenzen

Im Folgenden wird der Blick auf einige wesentliche Details von Delegationsprogrammen, die bei internationalen EU-/UN-Umwelt- bzw. Klima-Konferenzen zur Anwendung kommen, gelenkt.

Ausschreibung und Bewerbungsprozess

Die Delegation steht am Ende eines mehrstufigen, intensiven Prozesses, der üblicherweise (z.B. bei Climateates in Österreich und youpaN in Deutschland) aus einer Bewerbung, einer kriteriengeleiteten (Vor-)Auswahl durch eine Jury und einem oder mehreren Bewerbungsgesprächen besteht.

- Der Prozess beginnt mit einer **Ausschreibung**. Einladung und Frist zur Bewerbung werden im Voraus beworben, z.B. über Social Media, Newsletter, assoziierte Expert:innen und Organisationen. Dennoch wurde in den Interviews mit den Jugenddelegierten selbst kritisch angemerkt, dass es oft gehöriger Szenen-Kennntnis und/oder entsprechender Kontakte bedarf, um von solch einer Ausschreibung „Wind zu bekommen“. Der **Verbreitungsgrad** beschränkt sich also in vielen Fällen auf bereits gut engagierte und informierte Kreise. Vermutlich ist es im urbanen Milieu einfacher, von diesen Möglichkeiten zu erfahren, wobei Social Media das Potenzial hätte, die Verbindung zu Jugendlichen im ländlichen Raum deutlich zu stärken.
- Um sich für das österreichische Delegationsprogramm zu bewerben, benötigen Bewerber:innen die österreichische Staatsbürgerschaft.
- In der Ausschreibung werden meist auch weitere **Auswahlkriterien** vorab transparent gemacht. Zu diesen Kriterien können ehrenamtliches Engagement, starke Motivation und Eigeninitiative, Kenntnisse der Klima- und Nachhaltigkeitsthematik und (sehr) gute Englischkenntnisse gehören. Aber auch der Faktor Repräsentativität wird meist bis zu einem gewissen Grad mitbedacht – so wird mittlerweile zumeist z.B. (implizit oder explizit) Genderparität angestrebt.
- Als **Bewerbung** ist zumeist eine Kombination aus Text und Video einzureichen. Die textliche Anforderung beinhaltet üblicherweise einen Lebenslauf.
- Die (Vor-)Auswahl erfolgt oft durch eine **Jury**, in der z.B. Vorstandsmitglieder der durchführenden Organisation, ggf. auch Vertreter:innen der fördergebenden Stelle, aber auch die aktuellen Jugenddelegierten (so z.B. bei den deutschen Nachhaltigkeitsdelegierten) vertreten sein können. Gemeinsam wird eine Auswahlliste („shortlist“) an geeigneten Kandidat:innen erstellt.
- In dem oder den darauffolgenden **Bewerbungsgesprächen** kann es zu einem Online-Interview und/oder einem physischen Treffen (in zumindest einem Fall wurde dies in einem Interview auch als „Assessment Center“ bezeichnet) kommen. Hier wird auch nochmals auf andere Kriterien geachtet, wie Stressresilienz und Teamfähigkeit.

Eine Stimme aus den Interviews setzte sich für ein tendenziell kompetenz- und leistungsorientiertes Verfahren gegenüber einer zu starken Betonung von Repräsentativität ein – schlicht, um Personen auszuwählen, die den enormen Anforderungen während der internationalen Delegation gerecht werden können. Gleichzeitig müssten aber dennoch Wege gefunden werden, nicht-privilegierte Gruppen und ihre Positionen in diese Möglichkeiten gerecht einzubinden.

Rahmenbedingungen und (gute) Praktiken

Erfolgreiche Jugenddelegation erfordert einen unterstützenden Rahmen und entsprechende Praktiken. Dabei sollte stets bedacht werden, dass es sich im Kern um junge Menschen handelt, die am Beginn ihres professionellen Lebens stehen, und über begrenzte zeitliche und finanzielle Ressourcen verfügen. Manche Jugenddelegierte arbeiten nebenher, andere beginnen ein Studium etc. Alle Jugenddelegierte übernehmen eine äußerst verantwortungsvolle Rolle und leisten ehrenamtlich einen Beitrag zur Demokratie.

In den Interviews wurden u.a. folgende rahmende Bedingungen und unterstützende Praktiken genannt:

- **Zeitraum:** In den meisten vorgefundenen Delegationen scheint sich eine Nominierungsperiode von zwei Jahren zu bewähren. Mitunter gibt es allerdings auch Delegationen von nur einem Jahr.
- **Anzahl Delegierte:** So weit als möglich werden mehrköpfige Delegationen befürwortet – u.a. zur gegenseitigen Abstimmung und Bewältigung des Arbeitspensums (auch bei Ausfall durch z.B. Krankheit).
- **Support Team:** Ein Büro im Hintergrund unterstützt administrative Abläufe (z.B. Reisebuchungen und -abrechnungen) als auch das Wissensmanagement (z.B. durch eine gut vorstrukturierte technische Austauschplattform) entscheidend. Mitunter übernimmt es auch kommunikative Aufgaben (z.B. Pressearbeit) oder steht für inhaltliche Absprachen als Sounding Board zur Verfügung.
- **Onboarding:** Ein gut strukturierter und ausreichend langer (z.B. dreimonatiger) Einarbeitungsprozess ermöglicht es neuen Delegierten, sich effektiv einzufinden und ihre Rollen erfolgreich einnehmen zu können.
- **Wissensmanagement:** Als hilfreich wurden u.a. das Vorhandensein von Qualitätsstandards (inkl. einer Aufstellung von Do's & Don't's), eine klare, gut nachvollziehbare Dokumentation (inkl. z.B. einem Glossar der im internationalen Kontext ja sehr üblichen Abkürzungen), unterstützt durch kollaborative Tools genannt.
- **Junior-Senior, Buddies oder auch Reißverschluss-Prinzip:** Die Anwendung dieses Prinzips bedeutet eine vorübergehende Gleichzeitigkeit von Senior- mit Jugenddelegierten. So wird sowohl der Wissenstransfer als auch die Kontinuität gefördert. Aus den Interviews war allerdings auch (konstruktive) Kritik an bestimmten Ausprägungen dieses Prinzips zu hören (s.u.).
- **Verankerung:** Eine gute Verankerung der Jugenddelegierten bzw. deren Sichtweisen in den Strukturen und Prozessen der Organisation oder Institution ist generell entscheidend. Dadurch wird sichergestellt, dass die Arbeit der Jugenddelegation ernst genommen und in die Entscheidungsprozesse integriert wird.
- **Ziel- und Erfolgsdefinition:** Hilfreich wäre es, Jugendlichen zu unterstützen zu realistischen Indikationen ihrer Arbeit zu gelangen, die ihnen helfen, sich auszurichten und ihr Engagement nicht in Frustration umschlagen zu lassen. Besteht ihre Arbeit z.B. darin, gesammelte Forderungen zu übergeben, oder reicht sie darüber hinaus?

Insgesamt sind all diese Praktiken entscheidend, um sicherzustellen, dass eine Jugenddelegation effektiv arbeiten kann, Wissen und Erfahrung effizient nutzt und dabei die notwendige Unterstützung und Ressourcen erhält, um ihre Ziele zu erreichen.

Inhaltliche Schwerpunkte und Positionen

Das Zusammenkommen und der Spielraum des inhaltlichen Mandats (z.B. bei UN-Konferenzen) ist eine wesentliche zu bestimmende Größe. Dabei geht es einerseits um die grundlegende Frage, wie die Jugenddelegierten zu den durch sie vertretenen Positionen kommen, bzw. wessen „Sprachrohr“ sie werden können und wollen. Hierbei gibt es ein Spektrum an Möglichkeiten, wie:

- Arbeit mit (bestehenden) Positionen von Verbänden und anderen Institutionen
- Weiterentwicklung von eigenen Positionen, ggf. im Team (mit auch hier der Gefahr eines Bias)
- Einfangen der Meinungen / Stimmungen von (auch nicht-institutionalisierten) Jugendlichen

Prozessual gesehen, besteht ein mögliches Vorgehen in der Herausarbeitung zentraler Schwerpunkte und -positionen in einem interaktiven und iterativen Prozess mit relevanten Akteur:innen-Gruppen (eine Delegierte begab sich zu diesem Zweck z.B. auf eine Österreich-Tour), gefolgt von der Übersetzung in Empfehlungen und Forderungen, die z.B. in Positionspapieren zusammengefügt und verfügbar gemacht werden können. Diese wiederum können dann national und international vorgelegt und diskutiert werden.

Zentral ist die Frage der möglichen Wirkmächtigkeit der Beiträge der Jugendlichen. Wie ist der Prozess gelagert, dass ihre Beiträge ernst genommen bzw. berücksichtigt werden? Allen Formen des Youth Washings ist dabei dringend Einhalt zu gebieten und im Zweifelsfall lieber keine als „Fake“-Beteiligung zu betreiben. Hier gilt es seitens der Politik und Verwaltung, die Spielräume auszuloten und entsprechend Möglichkeiten zu schaffen und zu kommunizieren.

Damit im Zusammenhang steht auch die Frage der Freiheit des Mandats. Damit die Jugendlichen im demokratischen Rahmen solchermaßen ihre Positionen eigenständig vertreten können, ist ein verbindlicher, gesicherter Rahmen vonnöten. Es darf z.B. nicht der Eindruck entstehen, dass die Finanzierung eines Beteiligungsformats in Frage gestellt wird, sollten unliebsame Positionen formuliert werden.

Nutzen und Mehrwert von Jugendbeteiligung

Die Beteiligung von Jugendlichen bietet gesellschaftlichen Nutzen und Mehrwert aus verschiedenen Perspektiven:

- **Normativ-ethisch:** Die demokratischen Werte der Inklusion und Partizipation stehen im Einklang mit dem ethischen Grundsatz, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem Alter, an Entscheidungsprozessen teilhaben sollten. Jugendliche sind darüber hinaus diejenigen, die die Auswirkungen der heutigen Entscheidungen (gerade mit Klima-Bezug) am stärksten spüren werden. Daher ist ihre Beteiligung auch aus Sicht der Generationengerechtigkeit wesentlich.
- **Rechtlich:** Die vorhandenen rechtlichen Rahmenbedingungen, wie die UN-Kinderrechtskonvention, stärken die Position von Jugendlichen und erkennen die Bedeutung ihrer Beteiligung an.
- **Inhaltlich:** Die Einbeziehung von Jugendlichen bringt auch einen inhaltlichen Mehrwert durch die Hinzunahme (ihrer) essenzieller Perspektiven. Ihnen wird darüber hinaus aber auch Innovationspotenzial zugeschrieben, im Sinne kreativer und unkonventioneller Ideen. Dies kann den internationalen Austausch auf Konferenzen als auch die Beteiligung vor Ort in Regionen bereichern.
- **Bildung und Bewusstsein:** Die Teilnahme von Jugendlichen fördert nicht nur ihre eigene Bildung und ihr Bewusstsein für diese Themen, sondern trägt auch zur Bildung der breiteren Gesellschaft bei. Über die (internationalen) Delegationen kommt es dabei auch zu interkultureller Bildung.

- **Strategisch:** Angesichts der Dynamik und Wirkung, die Jugendbewegungen wie Fridays For Future in der Vergangenheit gezeigt haben, kann ein solches Momentum auch mit einbezogen werden, um Veränderungen voranzutreiben und den Fortschritt in Richtung nachhaltiger Entwicklung und Klimaschutz zu beschleunigen.

Tabelle 3: Wer profitiert von Jugendbeteiligung?

Wer profitiert?	Beschreibung von (möglichem) Nutzen, Mehrwert und Vorteilen
Direkt beteiligte Jugendliche	Möglichkeit der Mitgestaltung und des Austauschs, Erhöhung der kollektiven und individuellen Sichtbarkeit, Zugang zu Ressourcen, Perspektivenerweiterung und Kompetenzgewinn
Kinder- und Jugend-Organisationen	Möglichkeit der Mitgestaltung und des Austausches, Erhöhung der organisationalen Sichtbarkeit
Organisationen mit Kinder- und Jugendteilorganisationen	Möglichkeit der Mitgestaltung und des Austauschs, Erhöhung der organisationalen Sichtbarkeit, Erweiterung des Stellenwerts auch innerhalb der eigenen Dachorganisation
Andere Akteur:innen-Gruppen (z.B. aus Politik)	Möglichkeit des Austauschs, Perspektivenerweiterung
Kinder und Jugendliche generell	Erhöhung der Sichtbarkeit, verstärkte Berücksichtigung ihrer Anliegen (allerdings zu beachten, dass auch die Gruppe der Kinder und Jugendlichen heterogen ist)
Gesellschaft insgesamt	Potenziell verstärkte Berücksichtigung von Zukunftsanliegen, Stimme der Jugend wird hörbar und Positionen sichtbar, Werthaltungen können sich ändern

Identifizierte Herausforderungen

Grundlegendes Verständnis: Wie wird Jugendpartizipation gelebt?

Es geht – immer noch – um Bewusstseinsbildung und das Schaffen eines gemeinsamen Grundverständnisses von Partizipation. Vielen Menschen ist gar nicht bewusst, was Jugendpartizipation bedeutet. Auch viele Jugendliche wissen nicht genau, wie ihre Beteiligung funktioniert, und dass sie in unserer Demokratie ein Recht haben mitzureden, teilzuhaben und gehört zu werden. Häufig ist vielen Menschen (auch Jugendlichen) unklar, was mit den Meinungen, Erfahrungen und dem Wissen passiert, die sie in einem Beteiligungsprozess einbringen. Hier ist auch das formale Bildungssystem gefragt, um die Themen der Beteiligung, Partizipation und Demokratisierung verstärkt aufzugreifen.

Auch bei Akteur:innen, die auf der politischen Ebene Jugendpartizipation fordern und in der Verwaltung umsetzen (müssen), ist auch oftmals noch zu wenig Wissen und Information vorhanden. Es fehlt an Verständnis rund um den Mehrwert und Nutzen und darum, wie die Prozesse der Jugendbeteiligung in einer entsprechenden Qualität und inklusiv durchgeführt werden können. Insgesamt gesehen braucht es mehr Information und Bewusstseinsbildung rund um das Thema Jugendpartizipation.

Die Frage der Anerkennung und Wertschätzung

Wenn Jugendliche bei Jugendpartizipations-Formaten teilnehmen, findet dies üblicherweise ehrenamtlich statt. Das heißt, Jugendliche investieren ihre Freizeit, um sich für ein Thema, wie z.B. Klimagerechtigkeit, einzusetzen und ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Oft werden sie allerdings trotz intensiver Arbeit nicht entsprechend ernst genommen, es fehlt zu oft an Anerkennung und Wertschätzung für die Arbeit, die die Jugendlichen aus Eigenmotivation leisten. So sollte es aber nicht sein, wie eine teilnehmende Person in einem Steering Committee-Workshop im Zuge des vorliegenden Projekts formulierte: *„Jugendliche sollten aber nicht darum kämpfen müssen, gehört zu werden.“*

Vor allem in Hinblick auf die Delegierten-Programme bei den UN-/EU-Konferenzen ist hier der Widerspruch groß: Die Jugenddelegierten haben große und wichtige Aufgaben, sie sind aufgefordert politisch aktiv zu sein. Die politische Wirkung, die ihre Aktivitäten haben, ist aber oft verschwindend gering. Dies erleben die Jugenddelegierten oftmals als sehr enttäuschend. In einem Interview wird das so ausgedrückt: *„Teilweise ist es sehr frustrierend, wenn nicht einmal der Anschein gewahrt wird, dass es ernst genommen wird.“* bzw. *„Wieder ein Dokument für die Schublade.“* Dies ist eine deutlich negative Erfahrung, die wiederum dazu führt, dass die Motivation sich zu engagieren nachlässt. Im Gegensatz dazu wäre die Sichtbarkeit der eigenen Selbstwirksamkeit eine sehr positive Erfahrung. Die Tendenz, „der Jugend“ Wissen, Meinung und Erfahrung nicht zuzugestehen, findet sich allerdings nicht nur im Felder der internationalen Klima- und Umweltkonferenzen, sondern lässt sich auch in regionalen Beteiligungsprozessen vor Ort feststellen – es handelt sich wohl um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen.

Dabei ist das politische Interesse „die Jugend“ vertreten zu haben, nach außen hin oft groß. Leider ist hier **Youth Washing** ein nicht zu unterschätzender Trend. Jugenddelegierte berichten, dass es in manchen Fällen Politiker:innen nur darum geht, ein Foto mit den beteiligten Jugendlichen gemacht zu haben, um nach außen hin zu suggerieren, dass den Jugendlichen Gehör verschafft wird, z.B. für den nächsten Wahlkampf: *„Manchmal fühlt es sich so an, als wäre man nur für das Foto dort.“* bzw. *„Man nimmt junge Personen aufs Panel, damit sie halt auch dabei sind.“*

Fehlende Ressourcen

Wertschätzung hat auch etwas mit dem Zur-Verfügung-Stellen von entsprechenden Ressourcen zu tun. Zwar wurde in den Workshops berichtet, dass es bei den EU-Konferenzen seitens Österreichs vergleichsweise große Jugenddelegationen gäbe (größere Länder in der EU würden oft deutlich kleinere Delegationen als Österreich finanzieren), gleichwohl käme die finanzielle Unterstützung für die Delegierten selbst zu kurz. Es werden zwar Reisekosten übernommen bzw. rückerstattet, jedoch Sitzungsgelder und/oder Diäten, wie es erwachsene Delegierten z.T. seitens der Verwaltung bekommen, den Jugenddelegierten nicht ausbezahlt.

Zudem bedürfen qualitätsvolle Prozesse der Jugendpartizipation und Beteiligung eine entsprechende Vor- und Nachbereitung sowie intensive Durchführung. Dazu sind z.B. Büroinfrastruktur und Persona erforderlich, um die Prozesse zu steuern, zu koordinieren und zu organisieren. Es braucht also Zeit- und Geldressourcen, um Jugendpartizipation in entsprechender Qualität umzusetzen – vor allem dann, wenn es das Anliegen ist, bisher nicht bzw. wenig gehörte Gruppen miteinzubeziehen.

Das große Ziel: „Möglichst alle erreichen“

Das große Ziel eines jeden Beteiligungsprozesses ist es wohl, möglichst „alle“ zu erreichen bzw. zumindest möglichst viele. So ist es auch bei der Jugendpartizipation. Um die Stimmen der Jugendlichen einzufangen, sollten die Wünsche, Bedürfnisse, Ansprüche etc. von möglichst vielen gesammelt werden. Nur durch eine diverse, heterogene Gruppe können unterschiedliche Lebensrealitäten, Stimmen und Meinungen abgebildet und gehört werden.

Um dies zu ermöglichen, ist es notwendig inklusive Rahmenbedingungen zu schaffen, an denen es aber in Beteiligungsprozessen oft mangelt. Dabei fehlt es oft nicht am Willen – denn für viele ist es ein sehr großes Anliegen vielfältigere Gruppen zu involvieren – sondern an Zeit und anderen Ressourcen. Auch wenn gesagt wird „Wir sind offen für alle.“ oder „Wir laden alle ein.“ braucht es entsprechende Maßnahmen, um das zu erreichen – und diese oft dann auch mehrmals.

In den Interviews wurde beschrieben, dass es meist bestimmte Gruppen an Jugendlichen sind, die sich eher für eine Beteiligung interessieren, angesprochen werden oder sich aus Eigeninitiative engagieren. Mit dem Alter oder Geschlecht habe das nichts zu tun, vielmehr aber mit dem Wohnort. In den größeren Städten gibt es beispielsweise mehr Jugendliche, die sich beteiligen, da hier das Angebot an Beteiligungsmöglichkeiten generell größer ist. Aber auch das Interesse ist ein springender Faktor: Jugendliche, die sich von Haus aus schon mit einem gewissen Thema auseinandersetzen oder sich dafür interessieren – zum Beispiel für das Thema Klimaschutz – nehmen auch eher an angebotenen Beteiligungsformaten teil. Auch zu bemerken ist auch, so die Interviewpersonen, dass sich eher Jugendliche beteiligen, die in Bezug auf Bildung, zeitliche und finanzielle Ressourcen und/oder aufgrund der Sprache privilegiert sind. Eine Person drückt es so aus: *„Der Vorwurf, dass es sich hier um eine wohlhabende linke Bubble handelt, ist vielleicht richtig, aber wer kann es sich denn sonst leisten, diese Zeit zu investieren?“* Auch Social Media-affine Jugendliche werden beispielsweise eher erreicht.

Jugendliche mit Migrations- und/oder Fluchthintergrund, sozial benachteiligte Jugendliche, aber auch Lehrlinge sind oft schwer zu erreichen. Jugendliche mit Fluchterfahrung haben zum Teil auch Angst bzw. befürchten Nachteile, wenn sie mitreden und demokratisch ihre Meinung äußern. Mangelnde Deutschkenntnisse führen dazu, dass Jugendliche befürchten, etwas Falsches zu sagen und sich deshalb gar nicht zu Wort melden. Andere Jugendlichen können es sich finanziell nicht leisten an Partizipationsformaten

teilzunehmen, das Geld für die Fahrtkosten fehlt – oder sie können wochentags nicht einfach von der Erwerbsarbeit freinehmen.

Es gilt daher entsprechende Maßnahmen zu setzen, um auch jene Gruppen zu erreichen, die außerhalb einer gewissen „Bubble“ sind. Um also möglichst viele Jugendliche zu erreichen, müssen die Ansprache der Jugendlichen sowie auch der Prozess der Beteiligung an die Lebensrealitäten unterschiedlicher Gruppen angepasst werden. Neben entsprechenden finanziellen Ressourcen braucht es Engagement und Zeit.

Delegation: „Die Qual der Wahl“

Gerade bei Delegationsprogrammen für EU-/UN-Konferenzen liegt es in der Natur der Sache, dass nur eine ganz kleine Anzahl an Jugendlichen überhaupt direkt beteiligt sein kann. Gerade bei den Auswahlprozessen sollten auf jeden Fall mögliche „Bias“ bedacht werden. Forschungen und Erfahrungen⁹ zeigen, dass im Regelfall bestehende Privilegien verstärkt werden. Daher sind u.a. Fragen folgender Art von den Entscheider:innen bewusst zu reflektieren: Wer wird durch den Prozess also ggf. (weiter) begünstigt (urbaner / ländlicher Raum, Studierende / Auszubildende, migrantischer / nicht-migrantischer Hintergrund etc.) und inwieweit kann und wie möchte und kann man dem entgegensteuern? Diese Fragen eignen sich bei der Kommunikation der Ausschreibung ebenso wie bei den Auswahlkriterien und der Besetzung der Jury. Sind die Kriterien z.B. rein kompetenz- und leistungsorientiert, oder inwieweit könnten sie auch Diversität und Repräsentativität berücksichtigen? Zu einem gewissen Grad weisen sie natürlich über die spezifische Delegation hinaus und adressieren grundlegend politische Bildung und Fairness.

Die folgende Abbildung zeigt einige Aspekte aus den Interviews auf, wie Jugenddelegierte selbst ihre Realität beschreiben.

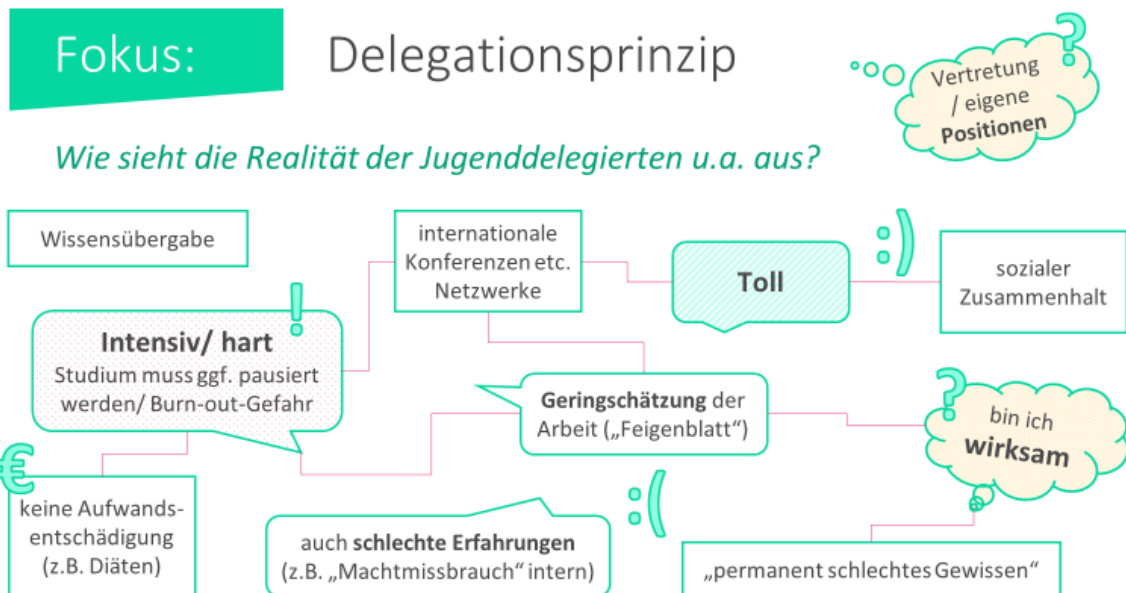


Abbildung 1: Die Realität von Jugenddelegierten (Selbsteinschätzung auf Basis der Interviews)

⁹ http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/gender_bias.pdf und <https://science.orf.at/stories/3201035/>

Insbesondere folgende Punkte wurden in den Interviews als verbesserungswürdig eingestuft:

- **(Gesicherte) Finanzierung:** Eine verbesserte Finanzierung ist notwendig, um sicherzustellen, dass die Jugenddelegation über die Ressourcen verfügt, um ihre Aufgaben effektiv zu erfüllen. Dies könnte die Teilnahme an Schulungen, Reisen oder die Umsetzung von Projekten ermöglichen. Aber auch der Aspekt der Verbindlichkeit ist wesentlich, nicht zuletzt da sonst über den Hebel der (prekären) Finanzierung ggf. inhaltlicher Druck auf die Jugenddelegierten ausgeübt werden kann.
- **Mehr Ressourcen:** Die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen, wie Personal oder technische Unterstützung (aber auch Räumlichkeiten, Reisemittel etc.), kann dazu beitragen, den Jugenddelegierten mehr Raum für ihre eigentliche Arbeit zu ermöglichen und so ihre Einflussmöglichkeiten zu erweitern. Zu den Ressourcen können auch z.B. Weiterbildungen für die Delegierten gehören.
- **Reißverschluss-Prinzip:** Das bereits oben beschriebene Junior-Senior- bzw. Reißverschlussprinzip weist auch Tücken auf. Konkret wurde in einem Interview ein Fall aufgeführt, in welchem immer zwei Delegierte auf zwei Jahre nominiert wurden. Der „Reißverschluss“ bestand darin, dass Junior- und Senior-Delegierte immer ein Jahr versetzt begannen, so dass die / der ehemalige Junior ein Jahr später selbst zum Senior wurde. Die stete (Macht-)Asymmetrie zwischen den beiden Delegierten wurde in diesem Interview als negativ beschrieben. Insofern wäre eine Variante, dass immer z.B. zwei Delegierte zugleich „im Block“ anfangen, und es eine (z.B. dreimonatige) Übergangs- und Übergabeperiode mit den vorhergegangenen Delegierten gibt. So wird einer ggf. ausnutzbaren Asymmetrie innerhalb des Zweierteams vorgebeugt und dennoch Wissensmanagement und Kontinuität befördert.

Handlungsempfehlungen

Die folgenden Handlungsempfehlungen sollen einen Rahmen aufzeigen, der dazu beiträgt, dass möglichst viele Jugendliche und junge Erwachsene die Chance haben sich zu beteiligen.

Vorangegangene Überlegungen aus dem Handbuch „Klima Jugend. Dialog“

Das „Handbuch Klima.Jugend.Dialog“¹⁰ ist im Jahr 2021 durch eine Kooperation zwischen der Bundes-Jugendvertretung (BJV) und dem österreichischen Klima- und Energiefonds entstanden. Für die Umsetzung von qualitätsvollen Beteiligungsprozessen beim Thema Klima listet das Handbuch im Kapitel „Ziele & Wirkung von Jugendbeteiligung“ folgende relevante Faktoren auf.

Tabelle 4: Faktoren für wirkungsvolle Jugendbeteiligung (entnommen aus dem Handbuch Klima.Jugend.Dialog, Seite 5)

Faktoren	Beschreibung
Faktor Empowerment	„Jugendbeteiligung sollte junge Menschen an Handlungen und Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, teilhaben lassen. Die Beteiligten sollten gemeinsam Themen erkunden und Ideen entwickeln können. Damit die Teilnehmenden Selbstwirksamkeit erleben können, braucht es unbedingt eine verbindliche Rückmeldung auf das erarbeitete Ergebnis. Diese Rückmeldung beinhaltet im Idealfall eine konkret nachvollziehbare Handlung oder eine Maßnahme seitens der Politik. Wenn bereits im Laufe des Prozesses klar ist, dass eine Reaktion oder konkrete Umsetzung erst mit zeitlicher Verzögerung erfolgen kann, so muss dies jedenfalls umsichtig kommuniziert werden. Andernfalls wird aus Lust auf Beteiligung womöglich Frust und Demotivation.“
Faktor Interessenausgleich	„Junge Menschen sind fähig und willig, Politik mitzugestalten. Gerade bei einem Thema, das ihr Leben so massiv beeinflusst wie die Klimakrise, verdienen sie es, dass ihre Meinungen gehört werden. Mitbestimmung heißt daher, die Ansichten von jungen Menschen in ihrer Vielfalt zu sammeln und sicherzustellen, dass diese in Entscheidungen einbezogen werden.“
Faktor Selbstwirksamkeit	„Auf das Beteiligungsformat sollte es eine Reaktion geben und eine Rückmeldung sollte den Teilnehmenden verdeutlichen, was sie erreicht haben. Damit werden junge Menschen darin bestärkt, sich für ihre persönlichen Anliegen einzusetzen. Durch den Beteiligungsprozess erfahren die Teilnehmenden Ermächtigung und persönliche Bereicherung, außerdem wird ihnen Wissen und Selbstvertrauen vermittelt. Politik und Demokratie wird für sie erfahr- und erlebbar.“

¹⁰ https://timeforchange.world/wp-content/uploads/2021/06/Handbuch_Klimadialoge_barrierefrei.pdf

Faktor Zukunftsfähigkeit	„Gleichermaßen ermöglicht es die Berücksichtigung der durch den Prozess gewonnenen Erkenntnisse, stärkere Vorschläge zu entwickeln und klügere Entscheidungen zu treffen. Beteiligungsprozesse tragen somit zu einer Verbesserung der Qualität von Maßnahmen und zukunftsfähigen Lösungen bei.“
Faktor Identifikation & Legitimation	„Zur Bewältigung der Klimakrise muss die Politik die entscheidenden Weichen stellen, wofür es einen entsprechenden Wandel in unserer Gesellschaft braucht. Nur wenn sich junge Menschen adäquat in politische Prozesse einbringen können und sich in den Maßnahmen wiederfinden, kann sich die Politik der Legitimation ihrer Entscheidungen sicher sein.“

Zudem sind im Handbuch (vgl. Seite 7-9) folgende zehn Qualitätskriterien für erfolgreiche Jugendbeteiligung formuliert:

1. Direkter Dialog zwischen Jugendlichen und politischen Entscheidungsträger:innen ist essenziell
2. Zielgruppe: Junge Menschen – direkt und in ihrer Vielfalt einbeziehen
3. Gute Rahmenbedingungen, Empowerment & professionelle Prozessbegleitung mit ausreichend Zeit und einem passend gewählten Ort
4. Niederschwelliger, offener Zugang für alle Interessierten (Bei begründbarer Beschränkung der Plätze sollte auf ein unkompliziertes, transparentes Bewerbungsverfahren und die heterogene Zusammensetzung der Gruppe der Teilnehmenden geachtet werden.)
5. Dauer & Verbindlichkeit
6. Klares Resultat & gute Dokumentation der Ergebnisse von Beteiligungsprozessen
7. Follow-up & Zukunftsperspektive
8. Bereitstellung von adäquaten Ressourcen
9. Thematische Offenheit mit klarem Klimabezug
10. Wertschätzung für Engagement verdeutlichen

Die folgenden Empfehlungen bauen auf diesen Vorüberlegungen auf und konkretisieren diese.

Das Narrativ: Argumente schaffen und Mehrwert aufzeigen

Um den Wert von Jugendpartizipation auch in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen, ist es wichtig den Mehrwert für die gesamte Gesellschaft aufzuzeigen. Wenn die Gesellschaft den Nutzen erkennt, steigt auch die Motivation von Seiten der Politik Formate der Jugendpartizipation vermehrt einzusetzen und die Jugend im Zuge dessen auch ernster zu nehmen. Um das zu erreichen, ist es sinnvoll viel zu berichten, öffentlich zu machen, und die Narrative zu nutzen.

Insofern muss der gesellschaftliche Nutzen hinausgetragen werden, auch an die Jugendlichen selbst. Sie sind unsere Zukunft und sollen die Möglichkeit haben, diese / ihre Zukunft mitzugestalten. Jugendliche sind diejenigen, die es letztendlich betreffen wird, und die auch die Möglichkeit haben, Einfluss auf Politik und Gesellschaft zu erwirken, wenn sie sich beteiligen. Eine Interviewperson formuliert das so: *„Wenn sich Jugendliche beteiligen, haben wir alle was davon.“*

Der Mehrwert entsteht allerdings erst, wenn den Jugendlichen zugehört wird, und sie ernst genommen werden. Daher ist die (auch inhaltliche) Wertschätzung des vor allem ehrenamtlichen Engagements junger Menschen wesentlich. In diesem Prozess und dem Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Jugendlichen lernen alle Beteiligten voneinander und haben die Möglichkeit eine Stadt / Region / Gemeinde oder politische Entscheidungen zu beeinflussen und zukunftsfähig zu gestalten. Daher ist es wichtig einen Rahmen zu schaffen, in dem dieses voneinander Lernen gut möglich ist.

Das bedeutet: Abstand nehmen von Youth Washing, sondern stattdessen die Jugendlichen, das was sie sagen und den Prozess ernst nehmen, ihre Zeit und Expertise wertschätzen, entsprechende Ressourcen bereitstellen, um diesen Prozess zu begleiten etc. und dabei die Zukunft der Gesellschaft im Blick haben. Die Narrative und Kommunikation nach außen sind dabei auch wesentlich – um nämlich immer mehr Menschen davon zu begeistern – sowohl Jugendliche selbst, sich zu beteiligen, als auch die zugehörigen Akteur:innen, Jugendbeteiligungs-Prozesse mit Qualität, Respekt, Anerkennung und Wertschätzung zu ermöglichen und umzusetzen.

Ein politisches Argument für Jugendbeteiligungs-Formate in auch ländlichen Gemeinden ist darüber hinaus die drohende Abwanderung: Um die jungen Menschen im Ort zu halten, ist es wichtig ihnen ein Mitsprache-Recht und Möglichkeiten zu geben sich einzubringen, und die Zukunft der jeweiligen Gemeinde mitzugestalten. Eine Gemeinde braucht engagierte Menschen, die zukunftsorientiert entscheiden und handeln. So auch eine Gesellschaft.

Tabelle 5: Das Narrativ (Empfehlungen)

Empfehlungen auf einen Blick	An wen richten sich die Empfehlungen?
<ul style="list-style-type: none"> • Ernstnehmen, was Jugendliche sagen und einbringen • Mehrwert von Partizipation aufzeigen • Abstand nehmen von Youth Washing 	<p>Diese Empfehlung betrifft alle politischen Ebenen, sowohl die Bundes-, Landes- und auch Gemeindeebene.</p>

Strategisch-politische Vorgaben

Um Jugendbeteiligung entsprechend zu etablieren und zu einer Selbstverständlichkeit zu machen, braucht es eine politische Selbstverpflichtung.

Jugendpartizipation ist per se nicht an einen bestimmten thematischen oder politischen Bereich geknüpft, sondern vielmehr in allen strategisch-politischen Belangen von großer Bedeutung, in denen es stark um die Zukunft geht – und diese betrifft überproportional Kinder und Jugendliche, jene Menschen, die mit den langfristigen Auswirkungen der jetzt getroffenen politischen Entscheidungen leben werden (müssen). Besonders in der Klimapolitik sollten Jugendliche insofern eingebunden werden und Jugendbeteiligung zu einem selbstverständlichen Standard werden – ohne dass dies immer wieder neu ausgehandelt und durchgesetzt werden muss.

Dazu ist es wichtig den Auftrag zur Jugendpartizipation gesetzlich zu verankern und die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen mit Leben zu füllen. Die gesetzliche Verankerung soll nicht nur auf dem Papier bestehen. Jugendbeteiligung sollte auf allen politischen Ebenen – auf Bund, Land und Gemeinde – umfassend verankert werden.

Tabelle 6: Strategisch-politische Vorgaben (Empfehlungen)

Empfehlungen auf einen Blick	An wen richten sich die Empfehlungen?
<ul style="list-style-type: none"> Jugendpartizipation sollte zu einem selbstverständlichen Standard werden, da es bei den heutigen politischen Entscheidungen um die Zukunft der heutigen Jugend geht. Dazu braucht es politische Selbstverpflichtung (Commitment) und eine gesetzliche Verankerung des Auftrags zur Jugendpartizipation. Idealerweise wird ein kontinuierlicher Austausch zwischen Jugend und Politik in Gang gesetzt. 	<p>Diese Empfehlung betrifft alle politischen Ebenen, die Bundes-, Landes- und Gemeindeebene.</p>

Umfassender Wissens- und Kompetenzaufbau: „Partizipation lernen“

Zielgruppe: Akteur:innen, die Jugendpartizipation vorbereiten und umsetzen

Um qualitative und erfolgreiche Jugendbeteiligung zu ermöglichen, ist es notwendig das entsprechende Wissen und die entsprechenden Kompetenzen an Politik, Verwaltung und Jugendorganisationen zu vermitteln bzw. diese beim Kompetenzerwerb unterstützen. Hier braucht es eine Sensibilisierung im Hinblick auf Mehrwert und Nutzen von Jugendpartizipation, aber auch im Hinblick darauf „was es braucht“, um erfolgreiche Jugendbeteiligungsformate zu etablieren, und dabei auch vulnerable und marginalisierte Gruppen zu erreichen.

Wesentlich ist es, über die Lebensrealitäten verschiedener Jugendlicher Bescheid zu wissen und die Formate und Prozesse rund um Jugendbeteiligung bestmöglich darauf abzustimmen.

Bei der Gestaltung von Formaten und Prozessen können u.a. folgende Fragen handlungsleitend sein:

- Wie können Mehrwert und Nutzen von Jugendbeteiligung für eine lebenswerte Zukunft vermittelt werden?

- Wie können möglichst viele Jugendliche erreicht werden? Wie kann eine möglichst repräsentative und diverse Gruppe an Jugendlichen erreicht werden? Wie können auch vulnerable und marginalisierte Gruppen erreicht werden?
- Welche Formate und Methoden sind für die jeweilige Gruppe(n) sinnvoll? Wie können die Prozesse, Formate und Methoden der Jugendpartizipation an die Lebensrealitäten der Jugendlichen angepasst werden?
- Wie kann von Anfang an eine klare und transparente Kommunikation von Ziel, Aufwand, Möglichkeiten und zu erwartendem Outcome des Partizipationsprozesses bestmöglich gelingen?
- Wie kann sichergestellt werden, dass die Stimmen der Jugendlichen im gesamten Prozess auch wirklich gehört werden? Wie kann sichergestellt werden, dass die Stimmen der Jugendlichen auch bei den (strategischen und/oder politischen) Entscheidungen berücksichtigt werden?

In Bezug auf die Zielgruppe der Verwaltung wären beispielsweise entsprechenden Weiterbildungsangebote über die Verwaltungsakademien der Bundesländer und des Bundes denkbar.

Eine Möglichkeit für die Weitergabe von Wissen wären z.B. kurze Videos von Good und Best-Practice-Beispielen aus der Jugendpartizipation, wo über den Prozess von Anfang bis Ende erzählt wird: Wie wurden die Jugendlichen angesprochen/eingeladen? Welche Formate wurden angewandt? Wie lief der Prozess der Umsetzung ab? Was war das Ergebnis?

Dabei sollte für die Teilnehmenden aus Politik und Verwaltung idealerweise ein geschützter Raum hergestellt werden, um auch über missglückte Versuche etc. sprechen und von diesen Gelegenheiten lernen zu können. Denn Partizipation will tatsächlich gelernt sein, und nicht alles geht dabei reibungslos vonstatten.

Tabelle 7: „Partizipation lernen“ – Zielgruppe Akteur:innen in Politik und Verwaltung (Empfehlungen)

Empfehlungen auf einen Blick	An wen richten sich die Empfehlungen?
<ul style="list-style-type: none"> • Es braucht die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen an jene Akteur:innen, die Jugendpartizipation formen und umsetzen. • Dieser Wissensaufbau geht mit einer Sensibilisierung der entsprechenden Akteur:innen einher. • Wichtig zu vermitteln sind: Mehrwert und Nutzen, aber auch was bei den Beteiligungsprozessen und der Kommunikation an eine möglichst große Diversität an Jugendlichen zu beachten ist. • Dazu ist es notwendig die Lebensrealitäten der Jugend zu kennen. • Zuletzt bedürfen auch die Teilnehmenden an solchen Programmen den (geschützten) Raum, ihre Erfahrungen zu reflektieren. 	<p>Diese Empfehlung betrifft alle politischen Ebenen sowie Verwaltung und Jugendorganisationen.</p>

Zielgruppe: Jugendliche

Eine Herausforderung von Jugendpartizipation liegt darin, dass viele Jugendlichen selbst nicht genau wissen, was Partizipation bedeutet, und/oder sich nicht bewusst sind, dass sie die Möglichkeit (und das Recht) haben mitzureden. Es gilt daher auch im formalen Bildungssystem anzusetzen, um Jugendlichen zu ermöglichen, Partizipation und das Grundprinzip von Demokratie überhaupt zu erlernen. Hier braucht es eine grundlegende Veränderung, die schon in den Kinderschuhen beginnt. Unterschiedlichste junge Menschen sollten bereits früh in Prozesse eingebunden, unterstützt und beteiligt werden. Dies könnte die Diversität in der Jugendpartizipation erhöhen, da verschiedene Gruppen von Jugendlichen dadurch einen Bezug und somit auch Zugang zu Partizipation erhalten würden.

Hier kann das formale Bildungssystem bzw. die Schule als Lernfeld dienen. Kinder und Jugendliche könnten im Schulumfeld „Partizipation lernen“. Das beinhaltet die Auseinandersetzung mit Fragen, wie:

- Was bedeutet (sich) beteiligen?
- Was kann ich beitragen, und wie?
- Was kann das Ergebnis davon sein?
- Und was ist, wenn von dem, was ich beigetragen habe, nichts aufgegriffen wird?

Die genannten Punkte können vor allem im Rahmen der Umsetzung der Unterrichtsprinzipien „Politische Bildung“ bzw. „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ umgesetzt werden. Kinder und Jugendliche können lernen wie Demokratie funktioniert und es können demokratische Kompetenzen gefördert werden, wie Positionen bilden, gemeinsam koordinieren, vertreten etc. Pilothaft können gemeinsam Entscheidungsprozesse durchgespielt werden, beispielsweise auch in Form von Planspielen (World Peace Game, Weltklimaspiel etc.). Dies kann in verschiedenen Formen umgesetzt werden. Beispiele hierfür sind a) allgemein zu fragen „Was sind Themen, die euch interessieren?“ oder „Was würdet ihr ändern wollen, wenn ihr Bürgermeister:in wärt?“ oder b) auch anhand der SDGs zu zeigen, dass diese Themen direkt mit ihrem eigenen Leben etwas zu tun haben. Kinder und Jugendliche lernen, dass sie sich beteiligen und etwas bewirken können – nicht nur für sich selbst, sondern für die Gemeinschaft. Es geht darum Engagement zu zeigen und Selbstwirksamkeit zu erfahren.

Klarerweise muss in diesem Zusammenhang auch bei den Lehrkräften und deren Ausbildung angesetzt werden. „Partizipation lernen“ sollte auch Teil der Ausbildung an pädagogischen Hochschulen sein bzw. sollten entsprechende Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte angeboten werden.

Tabelle 8: „Partizipation lernen“ – Zielgruppe Jugendliche (Empfehlungen)

Empfehlungen auf einen Blick	An wen richten sich die Empfehlungen?
<ul style="list-style-type: none"> • Es gilt bereits beim Bildungssystem anzusetzen, um Jugendlichen zu ermöglichen Partizipation und das Grundprinzip von Demokratie überhaupt zu erlernen. • Hier kann das formale Bildungssystem bzw. die Schule als Lernfeld dienen: Kinder und Jugendliche könnten in der Schule „Partizipation lernen“ (beispielsweise auch in Form von Planspielen). • Dies sollte wiederum auch Teil der Ausbildung bzw. eine Weiterbildungsmöglichkeit für Lehrkräfte sein. 	<p>Diese Empfehlung betrifft Entscheidungsträger:innen im Bildungssystem.</p>

Strukturen schaffen & Ressourcen bereitstellen

Für erfolgreiche und qualitative Jugendbeteiligung braucht es entsprechende Strukturen und Ressourcen. Diese sind an die Bedürfnisse der Jugendlichen / Zielgruppen anzupassen, nicht umgekehrt. Wichtig ist, kontinuierlich die Strukturen der jeweiligen Ebene und Organisation im Blick zu halten und zu analysieren. Dazu könnten auch bundesländerübergreifende, organisations- und gemeindeübergreifende Austauschrunden etabliert werden.

Wichtig sind eine institutionelle Verankerung und eine gute Zusammenarbeit der öffentlichen Verwaltung mit einer agilen Organisation, um Jugendliche direkt anzusprechen. Auf den unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung (Bund, Länder, ggf. Regionen, Gemeinden) sind entsprechende Ressourcen bereitzustellen – strukturell, personell und finanziell – um qualitative Jugendbeteiligungsprozesse zu etablieren.

Für Partizipationsprozesse auf Regions- und/oder Gemeindeebene kann gleich kontinuierlich Strukturen aufgebaut werden oder zunächst mit Pilotprozessen begonnen werden. Ein geeignetes Format hierfür wäre auf Gemeindeebene z.B. eine öffentliche „Jugendsprechstunde“ bei dem/der Bürgermeister:in bzw. im Gemeinderat. So würden die politischen Vertreter:innen direkt nachvollziehen können, dass Jugendliche wichtig sind für die Entwicklung der Gemeinde.

Mitunter bietet es sich auch an, (zunächst) eine externe Prozessbegleitung zu etablieren, die die Aufgaben z.B. nach und nach in die Zuständigkeit der Gemeinde übergibt.

Gerade für wiederkehrende Aktivitäten ist eine Verstetigung von Projektstrukturen und eine institutionelle Verankerung empfehlenswert.

Tabelle 9: Strukturen & Ressourcen (Empfehlungen)

Empfehlungen auf einen Blick	An wen richten sich die Empfehlungen?
<ul style="list-style-type: none"> • Es braucht Strukturen, die Jugendbeteiligung in entsprechender Qualität ermöglichen und an die Bedürfnisse der Jugendlichen angepasst sind. Diese sind immer wieder intern zu analysieren. • Es braucht Ressourcen: strukturell, organisational, personell und finanziell – um qualitative Jugendbeteiligungsprozesse zu etablieren. • Es braucht Begleitung / Organisation: Jugendbeteiligung muss entsprechend organisiert sein und in manchen Fällen von externen Expert:innen begleitet werden. • Es braucht Verstetigung: Gerade bei wiederkehrenden Aktivitäten, sollten die Prozesse von einer „Projektbasis“ dann nach und nach in die Verantwortung der jeweiligen Stelle / Organisation übergeben werden. 	<p>Diese Empfehlung betrifft alle Geldgebenden und politisch Verantwortlichen.</p>

Ansprache von Jugendlichen

Um Jugendpartizipation zu ermöglichen, ist es notwendig die Gruppe der Jugendlichen entsprechend anzusprechen und zu erreichen. Jedes Beteiligungsformat braucht Menschen, die von der Möglichkeit wissen und die sich beteiligen wollen. Jedes Vorhaben von Jugendbeteiligung muss sich mit folgenden – teilweise herausfordernden Fragen beschäftigen:

- Wie erreichen wir unsere Zielgruppe(n)?
- Wie bauen wir ein Partizipationsnetzwerk auf?
- Wie kann die Kommunikation zielgruppengenaue funktionieren?

Es gibt zudem einerseits die Möglichkeit das Beteiligungsformat offen zu gestalten und breit zu kommunizieren und zu „bewerben“, andererseits ist es für manche Beteiligungsformate notwendig einen Bewerbungs- und Auswahlprozess zu starten. Dies ist je nach Ziel und Format der Beteiligung von Beginn an zu entscheiden und offen zu kommunizieren.

Gezielte Einladungen mit Bewerbungs- und Auswahlprozess

Für manche Partizipationsprozesse sind gewisse „Skills“ bzw. Kompetenzen der Jugendlichen notwendig (z.B. gute Englischkenntnisse oder entsprechendes Vorwissen, bestimmte Altersgruppe, etc.). In diesem

Fall kommen Bewerbungs- und Auswahlprozesse zum Einsatz. Dabei sollte klar kommuniziert werden, was die Ziele, Rahmenbedingungen, Aufgaben und Erwartungen im Rahmen des Beteiligungsformates sind, zum Beispiel in Form eines Anforderungsprofils. Die Jugendlichen sollten wissen, was von ihnen gefordert wird und wozu sie sich verpflichten. Wenn sich dann jemand von ihnen für einen solchen Prozess bewirbt, signalisiert die Person damit auch glaubhaft (z.B. nochmal verdeutlicht im Motivationsschreiben), dass sie am Thema interessiert ist und bereit ist, sich für dieses einzusetzen.

Für einen Auswahlprozess braucht es im Vorfeld ein Kriterien-Set, welches gut überlegt sein und transparent kommuniziert werden muss. Soweit möglich, ist auf Diversität / Heterogenität zu achten, um verschiedene Stimmen abzubilden. Bei größeren Gruppen ist auf eine Vielfalt der Jugendlichen hinsichtlich folgender Dimensionen zu achten: z.B. Jugendliche aus verschiedenen Regionen/Bundesländern, mit unterschiedlichen Wohnorten in ländlichen und urbanen Gebieten, unterschiedliche Geschlechteridentitäten, Altersgruppen, Hintergründen, was die Ausbildung bzw. Berufstätigkeit betrifft (verschiedene Schultypen, Studierende, Lehrlinge ...) etc.

Diese Auswahl ist immer auch in Gruppen zu reflektieren, die Bewertungen sollten zeitintensiv und genau und gemeinsam durchgegangen werden, um verschiedene Formen von Bias, wie z.B. Gender Bias, zu vermeiden.

Breite Bewerbung für offene Beteiligungsformate

Im Rahmen von Beteiligungsformaten, welche offen für alle Jugendlichen sind, und wo es darum geht, möglichst viele und diverse Jugendliche zu erreichen, sind aufsuchende Formate und persönliche Ansprache sinnvoll. Es ist wichtig zu verstehen, dass es nicht ausreicht, ein E-Mail oder eine Facebook Einladung zu schicken. Zumeist bedarf es eines aktiven Zuehens auf Jugendliche, um sie für Beteiligung zu gewinnen. Eine bewusste / proaktive Einladungspolitik vermittelt mehr Wertschätzung als „Bitte bewirb dich“, und somit kann eine größere Breite und Vielfalt an Menschen erreicht werden.

„Jugendliche erreicht man dort, wo sie sind.“

Das heißt:

- über Medien und Formate, die in der Welt der Jugendlichen Bedeutung haben (z.B. Social Media)
 - Netzwerke nutzen, wo sich die Jugendlichen aufhalten
- über Veranstaltungen oder Vereine, wo unterschiedliche Jugend-Gruppen zu finden sind, z.B.
 - im Jugendforum vor Ort, in Jugendvereinen, in Jugendzentren, Jugendgruppen
- über Bildungsstätten: Schulen, Lehrlingsbetriebe, Universitäten, Produktionsschulen

Besonders durch Schulen können viele Gruppen erreicht werden. Gezielt durch Schulen „zu wandern“, zu kommunizieren, dass es das entsprechende Beteiligungsformat gibt, was das bedeutet, wie der Prozess funktioniert, was die Rahmenbedingungen sind, etc. ist ein effektiver Weg, um viele verschiedene Gruppen von Jugendlichen anzusprechen. Zum Thema Klimapolitik gibt es auch die Möglichkeit spezifisch Ökolog- oder Umweltzeichen-Schulen aufzusuchen oder anzuschreiben, oder auch andere Schulen, die in dem Bereich einen Schwerpunkt haben. Man kann hier auch aktiv ein Planspiel einbinden, und bereits eine Kommunikation mit den Jugendlichen aufsetzen, bei der sie gleich mitgestalten können, wie und wo sie denn am besten kommunizieren.

Zudem ist es möglich „unübliche“ Multiplikator:innen einzubinden („out of the box“ denken), von Handwerksverbänden bis zu Social Media-Influencer:innen. Zur Verbreitung des Partizipationsvorhabens können alle vorhandenen Kontakte angeschrieben werden, z.B. auch Partnerorganisationen, oder auch (Jugend-) Organisationen außerhalb der „Klima-Bubble“.

Im Falle von Jugendpartizipation in Gemeinden können regionale und lokale Medien und Formate genutzt werden, wie beispielsweise die Gemeindezeitung, wenn vorhanden eine Gemeinde-App etc. Es können auch Informationsveranstaltungen für interessierte Eltern und Schulen angeboten werden.

In jedem Fall ist es wichtig sich genug Zeit zu nehmen für die Einladung und Bewerbung und ggf. im Vorhinein zu recherchieren welche Möglichkeiten und Anknüpfungspunkte es in der jeweiligen Region gibt.

Eine besondere Herausforderung bleibt die Ansprache von marginalisierten, sozial benachteiligten und/oder vulnerablen Gruppen von Jugendlichen. Auch hierbei ist es zielführend entsprechende Organisationen aufzusuchen, um bestimmte Gruppen zu erreichen: z.B. Dachverband Kinder- und Jugend-Hilfe, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Jugend- und Behindertenbeirat.

Tabelle 10: Ansprache (Empfehlungen)

Empfehlungen auf einen Blick	An wen richten sich die Empfehlungen?
<ul style="list-style-type: none"> • Es ist wichtig genug Zeit einzuplanen für die Einladung, Bewerbung und ggf. regionale Vorab-Recherche. • Gezielte Einladungen mit Bewerbungs- und Auswahlprozess: <ul style="list-style-type: none"> ○ Hier sollten die Rahmenbedingungen und das Anforderungsprofil transparent kommuniziert werden. ○ Es ist ein Kriterien-Set für den Auswahlprozess zu entwickeln ○ Bei der Auswahl selbst ist auf eine gewisse Diversität / Heterogenität achten, um verschiedene Stimmen abzubilden. ○ Die Auswahl ist immer auch in Gruppen zu reflektieren, um verschiedene Formen von Bias zu vermeiden. • Breite Bewerbung für offene Beteiligungsformate: <ul style="list-style-type: none"> ○ Um möglichst viele und diverse Jugendliche zu erreichen, sind aufsuchende Formate und persönliche Ansprache sinnvoll. Z.B. über Medien und Formate, Veranstaltungen oder Vereine, die in der Welt der Jugendlichen Bedeutung haben, oder auch Bildungsstätten. ○ Zudem können „unübliche“ Multiplikator:innen eingebunden werden, z.B. außerhalb der „Klima-Bubble“. ○ In Gemeinden können z.B. regionale Medien und Formate genutzt werden. • Ansprache von marginalisierten Jugendlichen: <ul style="list-style-type: none"> ○ Hierbei ist es zielführend entsprechende Organisationen aufzusuchen, um bestimmte Gruppen zu erreichen 	<p>Empfehlungen richten sich an diejenigen, die Partizipationsprozesse konkret umsetzen bzw. über Vorgaben und/oder Beauftragung von Prozessen die Rahmenbedingungen mitgestalten.</p>

Inklusive Prozesse planen und umsetzen

Um möglichst viele Jugendliche zu erreichen und im Rahmen von Jugendpartizipation einzubinden, ist es wichtig, möglichst offene und inklusive Prozesse und Rahmenbedingungen zu schaffen. Inklusion ist auf jeder Prozessebene sehr wichtig. Wichtig ist vor allem die Lebensrealitäten der Jugendlichen zu kennen und folglich die Prozesse auf die Realität der Jugendlichen abzustimmen! Bevor ein Beteiligungsprozess gestartet wird, ist zu überlegen: Wie kann der Prozess aufgesetzt werden, damit möglichst viele Jugendliche mitmachen können.

Nicht alle Jugendlichen haben die Zeit- und Geldressourcen sich ehrenamtlich zu engagieren. Aber auch sprachliche Barrieren oder Distanzen können einen Ausschluss darstellen. Um diese Herausforderungen zu adressieren, gibt es verschiedene beispielhafte Ansätze:

- Geldressourcen: z.B. Klimaticket kaufen oder zumindest Reisekosten übernehmen. Räume stellen
- Zeitressourcen:
 - Studierende: Anrechnung von ECTS für die ehrenamtliche Arbeit in Jugendpartizipation
 - Lehrlinge: Beteiligungsaktivitäten als Teil der Arbeitszeit bzw. Ausbildungszeiten
 - Termine auf die Zeitressourcen der Jugendlichen abstimmen: z.B. am Wochenende oder eher nachmittags
 - Ausbilder:innen / Arbeitgeber:innen einbinden
 - Generell: Freiwilliges Engagement als Vordienstzeit anrechnen
- Sprache:
 - Einfache Sprache anwenden
 - Abkürzungen aufschlüsseln
 - z.B. Umfragetools so einstellen, dass die Umfrage in allen Sprachen angezeigt wird
- Distanzen:
 - Für Jugendliche, die nicht im unmittelbaren Einzugsgebiet eines Treffens zur Jugendbeteiligung leben, sind auch online Formate oder hybride Formate anzubieten (Kombination aus vor Ort und online). Online und offline Formate haben jeweils Vorteile: Nichts ersetzt den persönlichen Austausch vor Ort, daher sollte nicht alles online stattfinden, aber eine Kombination ist wichtig.

Wichtig ist auch ein Augenmerk auf die Auswahl passender und inklusiver Beteiligungsformate: Im besten Fall werden unterschiedliche Formen genutzt, um die Stimmen verschiedener Jugendlicher einzusammeln und möglichst viele Jugendliche zu hören. Hier ist unter anderem auf den Grad der Introvertiertheit und Extrovertiertheit zu achten. Weder haben alle Menschen die gleichen Ressourcen einen ganzen Tag in einer Gruppe zu verbringen, noch verschaffen sich alle von allein Gehör. Es ist also wichtig nicht nur auf die zu hören, „die am lautesten schreien“. Für introvertierte Jugendliche, die sich beteiligen wollen, ist es beispielsweise wichtig zwischendurch Zeit zum Auftanken zu haben, einen Ruheraum vorzufinden, oder auch in kleineren Gruppen arbeiten zu können. Zudem ist es wichtig ihnen konkret Fragen zu stellen, sie aktiv miteinzubeziehen, oder auch Formate zu bieten, bei welchen nicht vor den anderen gesprochen werden muss (ein Plenum, wo man vor vielen Leuten redet, spricht z.B. nur eine gewisse Gruppe an).

Bei Veranstaltungen rund um Beteiligungsprozesse ist es zudem ratsam auf die Bedürfnisse der teilnehmenden Jugendlichen einzugehen und die folgenden Fragen zu stellen: Was braucht ihr? Habt ihr spezifische Bedarfe? Gibt es z.B. Bedarf nach persönlicher Assistenz, Gebärdensdolmetsch, nach besonderer Verpflegung wegen z.B. Ernährungs-Unverträglichkeiten, den Bedarf nach mehr Ruhe, Rückzugsmöglichkeiten, mehr Zeit etc. aufgrund von Lernschwäche und/oder kognitiven Aspekten. Sollen Materialien in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt werden? Braucht es ein Graphic Recording?

Tabelle 11: Inklusive Prozesse (Empfehlungen)

Empfehlungen auf einen Blick	An wen richten sich die Empfehlungen?
<ul style="list-style-type: none"> • Es ist darauf zu achten Jugendbeteiligungsprozesse möglichst offen und inklusiv zu gestalten. • Wichtig ist es dabei die Lebensrealitäten der Jugendlichen zu kennen und die Prozesse auf die Realität der Jugendlichen abzustimmen! • Es sind Prozesse und Ansätze zu überlegen, damit möglichst viele Jugendliche mitmachen können und Barrieren möglichst überwunden werden (z.B. Zeit- und Geldressourcen, sprachliche Barrieren, Distanzen, Introvertiertheit, Lernschwäche, etc.) 	<p>Empfehlungen richten sich an diejenigen, die Partizipationsprozesse konkret umsetzen bzw. über Vorgaben und/oder Beauftragung von Prozessen die Rahmenbedingungen mitgestalten.</p>

Klarheit und Transparenz: Erwartungen, Commitment und mögliche Outcomes

Klarheit und Transparenz sind wesentliche Bausteine bei der Kommunikation von Jugendbeteiligungsformaten an die Zielgruppe: Es geht vor allem um zwei Aspekte:

- Was können die Jugendlichen vom Beteiligungsprozess erwarten, bzw. was kann erreicht werden, vor allem im Sinne möglicher Ergebnisse und Outcomes?
- Was wird von den Jugendlichen erwartet, wozu „verpflichten“ sie sich?

Wichtig dabei ist von Anfang an Klarheit zu schaffen, die konkreten Rahmenbedingungen zu kommunizieren, entsprechende „Spielregeln“ und Rollen festzulegen, und die Erwartungen real zu halten: Was kann tatsächlich versprochen werden? Was kann beeinflusst werden, und was nicht? Was ist die Vision? Was ist das Ziel? Welche Strategie wird verfolgt? Wie wird der Prozess ablaufen? Der Prozess sollte dabei so groß oder klein aufbereitet werden, dass die Ergebnisse auch umsetzbar bleiben. Dabei ist auch offen darzulegen, dass politische Prozesse oft langsam sind, und eingebrachte Aspekte oft erst aufgegriffen werden, wenn der Beteiligungsprozess schon vorbei ist.

In jedem Fall ist offen zu kommunizieren was mit den Ergebnissen eines Beteiligungsprozesses konkret passieren soll: Was passiert mit dem Wissen und der Expertise, dass die Jugendlichen zur Verfügung stellen? Dies ist wichtig, um Wertschätzung gegenüber der Zeit und dem Wissen der Jugendlichen entgegenzubringen. Eine Möglichkeit sind z.B. Berichte und Blogbeiträge, wo die Jugendlichen folgen und schauen können wie was eingebracht wurde / wird.

Tabelle 12: Klarheit & Transparenz (Empfehlungen)

Empfehlungen auf einen Blick	An wen richten sich die Empfehlungen?
<ul style="list-style-type: none"> • Die konkreten Rahmenbedingungen eines Beteiligungsprozesses sind von Anfang an klar an die Jugendlichen zu kommunizieren: Was wird von ihnen erwartet und was können sie sich erwarten? • Dabei sind die Erwartungen real zu halten, um Frustrationserlebnisse zu vermeiden: Was kann tatsächlich erreicht werden? • Partizipationsprozesse sollen konkrete Handlungen nach sich ziehen. • Zudem ist offen zu kommunizieren was mit den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses passiert (Wertschätzung gegenüber der Zeit und dem Wissen der Jugendlichen). 	<p>Empfehlungen richten sich an diejenigen, die Partizipationsprozesse konkret umsetzen.</p>

Anhang

Interviewpersonen

Name	Organisation	Termin	Thema
Sophia Stanger	Jugend Eine Welt	6. März 2023	Erfahrungen, wie Jugendliche angesprochen werden können
Nora Kleibel	Bundes-Jugendvertretung (BJV)	6. März 2023	Delegation BJV als Organisation BJV und ausgewählte Projekte
Julia Rainer	UN Youth Delegate aus dem Jahr 2015	8. Mai 2023	Delegationsprinzip Erfahrungen
Miriam Egger	Amtierende UN Youth Delegate	8. Mai 2023	Delegationsprinzip Erfahrungen
Alexander Kuhness	Prozessbegleitung Dorf- und Stadterneuerung Niederösterreich, Gemeinde21	26. April 2023	Erfahrungen mit Jugendbeteiligung auf Gemeinde / Regionsebene
Dominik Sell	youpaN-Mitglied	27. April 2023	Delegationsprinzip internes Wissensmanagement Professionalisierung
Philipp Steininger Lena Rauter Bettina Graml	CliMates / österreichische Jugenddelegierte für die COP27 und aktueller Senior-Jugenddelegierte	28. April 2023	Delegationsprinzip Erfahrungen
Franka M. Bernreiter	Amtierende Nachhaltigkeits-Jugenddelegierte in Deutschland (senior)	5. Mai 2023	Delegationsprinzip internes Wissensmanagement Professionalisierung
Lisa Purker	PlanSinn	23. Juni 2023	Beispiel: Jugendbeteiligung bei der ÖROK-Programmentwicklung Erfahrungen
Elke Martin	Jugendforum Montafon	26. Juni 2023	Beispiel Jugendforum Montafon Erfahrungen
Marlene Büchler	Landentwicklung Steiermark	16. August 2023	Beispiel: Kinder- und Jugendgemeinderäte Erfahrungen

Die Bearbeiter:innen der Studie bedanken sich ganz herzlich bei den Interviewpersonen für die wertvollen Gespräche und das Teilen von Erfahrungen.